

Die „Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“ sind Ergebnis der Forschung und Analyse der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Abteilung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln sowie externer Experten. In dieser Schriftenreihe werden Fragen behandelt, die im Mittelpunkt des wirtschafts- und sozialpolitischen Geschehens stehen. Die Untersuchungen umreißen den gesamtwirtschaftlichen und politischen Hintergrund. Knapp und präzise dargestellt, dienen sie Unternehmen, Pädagogen, Wissenschaftlern und Wirtschaftlern zur Information und Meinungsbildung, als Hintergrundmaterial für Planungen und Entscheidungen sowie als Quellen für Vorträge und Diskussionen.

Parallel dazu erscheint die Schriftenreihe „Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik“. Beide Reihen sind im Fortsetzungsbezug erhältlich.

Beiträge

208

3/1993

Zur Wirtschafts- und
Sozialpolitik
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Peter Debaere

**Belgien:
Zur Stabilität
keine Alternative**



Deutscher Instituts-Verlag

Inhalt

Vorwort

Einführung

6

1. Die politischen Rahmenbedingungen

8

1.1 Stabilität und Föderalisierung

8

1.2 Koalitionswechsel und politische Zyklen

12

2. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

14

2.1 Die außenwirtschaftliche Beschränkung

14

2.1.1 Eine kleine offene Volkswirtschaft

14

2.1.2 Fehler der Vergangenheit

15

2.1.3 Die Wende 1982

20

2.2 Die geldpolitische Beschränkung

23

2.2.1 Die Vorteile einer Hartwährungspolitik

25

2.2.2 Die Voraussetzungen einer Hartwährungspolitik

26

2.2.3 Die Unabhängigkeit der Notenbank

28

2.3 Die finanzpolitische Beschränkung

33

2.3.1 Keine Alternative

34

2.3.2 Der Zinsschneeballeffekt

35

2.3.3 Den beschränkten Spielraum nutzen

38

3. Die europäische Dimension

46

Literaturverzeichnis

49

Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Verantwortlich für den Inhalt:

Hauptabteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Leitung: Dr. Rolf Kroker.

© 1993 Deutscher Institut-Verlag GmbH, Gustav-Heinemann-Ufer 84–88, Postfach 51 06 70
5000 Köln 51, Telefon (02 21) 37 08 - 3 41

Druck: Franz Palling, Köln

ISBN 3-602-24 029-0

Vorwort

Zahlreiche europäische Länder haben im letzten Jahrzehnt einen durchgreifenden Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbilds erfahren. Waren früher vielerorts staatliches deficit spending, Währungsabwertung und forcierte Lohnerhöhungen gängige Rezepte, stehen nun eher fiskalische Konsolidierung, Hartwährungspolitik und Lohnmäßigung auf der Tagesordnung. Dieser Paradigmenwechsel erfolgte nicht unbedingt aus eigener Einsicht. Vielmehr bewirkte der fortschreitende europäische Integrationsprozeß einen zunehmenden Standortwettbewerb und Anpassungsdruck in Richtung Produktivität und Stabilität.

Nirgendwo werden diese Zusammenhänge deutlicher als in Belgien. Die Untersuchung dokumentiert den beeindruckenden Wandel vom chronischen Defizit- und Weichwährungsland zum unbestrittenen Mitglied des „harten Kerns“ der Europäischen Gemeinschaft. Im Vordergrund steht dabei das Herausarbeiten der unausweichlichen ökonomischen wie politischen Zwänge, denen sich ein kleines und in hohem Maße außenwirtschaftlich abhängiges Land heute gegenüberübersieht.

Die im Zusammenhang mit der notwendigen Budgetsanierung entstandene Regierungskrise im Frühjahr 1993 stellt den in den letzten Jahren verfolgten Stabilitätskurs nicht grundsätzlich in Frage. Sie unterstreicht die unausweichlichen Sachzwänge und die Schwierigkeiten, unter diesen Restriktionen im politischen Raum tragfähige Kompromisse herbeizuführen.

Köln, im April 1993

Einführung

Bis in die erste Hälfte der achtziger Jahre wurde der belgische Franc gern als „der schwache Bruder“ im Europäischen Währungssystem bezeichnet. Heute gilt er als „Renner im europäischen Hartwährungsblock“ (Neue Zürcher Zeitung, 27. 9. 1991), der sogar von den jüngsten Spannungen im EWS unberührt blieb. Die belgische Inflationsrate gehört seit 1986 zu den niedrigsten in Europa. Zur Zeit liegt sie sogar unter der deutschen. 1992 wies die Leistungsbilanz der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion (BLEU) einen Überschuß auf, während es 1981 noch ein Defizit von mehr als vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts gab. Auch das Haushaltsdefizit ist heute mit etwa 6,75 Prozent des BIP wesentlich niedriger als 1981, als es sich noch auf 13,1 Prozent belief. Abgerundet wird das Bild durch eine gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate, die seit 1988 über dem EG-Durchschnitt liegt.

Die in diesen makroökonomischen Indikatoren zum Ausdruck kommende Entwicklung fügt sich zu einem runden Bild. Belgien hat im vergangenen Jahrzehnt eine im Ausland nur wenig beachtete wirtschaftliche Trendwende geschafft. Auch wenn man diese Leistung nicht uneingeschränkt als Erfolg bezeichnen kann – die Ausgangslage war schlicht zu problematisch, alle Probleme sind sicher auch heute noch nicht gelöst –, muß man doch das neue Stabilitätsbewußtsein, den „new sense of stability“ (Financial Times, 18. 7. 1990), anerkennen.

Ziel ist es, nicht nur zu beschreiben, wie sich die Lage derart nachhaltig verbessert hat. Es gilt vor allem zu zeigen, auf welchem Wege eine kleine offene Volkswirtschaft ihre Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen vermag. Dabei wird untersucht, welche politischen und wirtschaftlichen Bedingungen dafür zu erfüllen sind. Es wird betont, daß gerade der spezifische institutionelle Rahmen Belgiens eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat.

Die zentrale These der Untersuchung lautet: Seit den achtziger Jahren ist der künftige wirtschaftspolitische Weg Belgiens weitgehend

festgelegt. Die Wirtschaftspolitik hat nur noch einen sehr begrenzten Handlungsspielraum, und zwar aus drei Gründen:

- Belgien ist geradezu das Musterbeispiel einer „kleinen offenen Volkswirtschaft“, was eine erhebliche außenwirtschaftliche Beschneidung seiner Autonomie impliziert.
- Währungspolitisch setzt das EWS der belgischen Politik enge Grenzen.
- Aus finanzpolitischer Sicht ist der verbleibende Spielraum für eine ausgaben- und schulden trächtige Politik sehr beschränkt.

Die Erfahrungen der siebziger und frühen achtziger Jahre haben deutlich gemacht, daß die wirtschaftlichen Beschränkungen so zwingend sind, daß die belgischen Politiker es nicht riskieren können, gegen sie zu verstoßen. Deshalb ist davon auszugehen, daß die gegenwärtige Politik der wirtschaftlichen Stabilität und Solidarität auch in den neunziger Jahren fortgeführt wird und an den Märkten glaubwürdig ist.

Ein Beleg für diese These findet sich bei Bohets (1992a). Er vermutet anläßlich der letzten langwierigen Koalitionsbildung von über hundert Tagen, daß gerade jene schrumpfende belgische Autonomie der Grund dafür war, daß der belgische Franc von den politischen Vor-kommnissen völlig unberührt blieb. Offensichtlich waren sich die Finanzmärkte unabhängig von der politischen Couleure der Koalition über den wirtschaftspolitischen Kurs im Klaren. Die noch ungewisse Koalitionsbildung war für sie kein Faktor der Unsicherheit.

Die Regierungskrise im Frühjahr 1993 steht zu unserer These nicht im Gegensatz. Eigentlich ist man sich in Belgien darüber einig, daß es zur Budgetsanierung und zur Hartwährungspolitik keine Alternative gibt. Wenn es auf politischer Ebene zusätzlich gelingt, die fortgeschrittene Föderalisierung in einer Verfassungsänderung zu konsolidieren oder wenigstens einen glaubwürdigen Plan vorzulegen, wird sich der belgische Franc am Devisenmarkt behaupten.

Übrigens ist aus langfristiger Perspektive die Föderalisierung des Landes als konfliktminimierende Strategie unausweichlich.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich zwar vordergründig ausschließlich mit Belgien. Ihre Implikationen haben jedoch allgemeine Bedeutung. Belgien steht gleichsam beispielhaft für eine ganze Reihe ähnlich gelagerter kleiner Volkswirtschaften in Europa wie Irland, die Länder der Iberischen Halbinsel oder die skandinavischen Staaten. Sie geraten angesichts eines immer stärker zusammenwachsenden Europas mit der Perspektive einer Wirtschafts- und Währungsunion bis zum Ende dieses Jahrzehnts unter zunehmenden Druck. Nationale Experimente in der Wirtschaftspolitik werden aufgegeben zugunsten einer Orientierung an den stabilitätspolitischen Vorgaben der größeren EG-Staaten. Damit verschärfen sie den Standortwettbewerb in Europa und stellen so auch die etablierten großen Volkswirtschaften vor neue Herausforderungen. Belgien ist darüber hinaus ein Beispiel dafür, wie schwierig finanzpolitische Stabilität zu erreichen ist, wenn einmal die Staatsverschuldung eine bestimmte Grenze überschritten hat.

1. Die politischen Rahmenbedingungen

Zur Erklärung der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit einzelner Industriestaaten ist die jeweilige politische Struktur, das komplizierte Verhältnis von Politik und Wirtschaft, zu untersuchen. Gerade für Belgien ist dieser Aspekt von besonderer Bedeutung, da sich aus ihm Folgerungen für die wirtschaftliche Zukunft des Landes ergeben.

1.1 Stabilität und Föderalisierung

Tabellini (Grilli u. a., 1992) unterstreicht, daß Staaten mit Verhältnismäßigrecht, das viele kleinere Parteien zuläßt, im Durchschnitt

größere Haushaltsdefizite aufweisen, als es in Ländern mit einem Zwei- oder Dreiparteiensystem der Fall ist. Es stellt sich heraus, daß in den erstgenannten Ländern die Koalitionen im Durchschnitt schneller gestürzt werden (Müller, 1989).

Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Zwischen einer Vielzahl von Parteien sind Kompromisse oft schwer zu schließen. Auch Minderheiten können eine blockierende Rolle spielen. Man kann unterstellen, daß Regierungen, die ständig um das Überleben kämpfen müssen, nur kurzfristige Ziele verfolgen können. Sie weigern sich, schwierige Entscheidungen zu treffen. Letztendlich führt das wirtschaftspolitisch allzuoft zu den heutzutage hinreichend bekannten Folgen, nämlich großen Haushaltsdefiziten und einer wachsenden Staatsverschuldung.

Belgien hat ähnlich wie Österreich, Griechenland, Italien und Irland ein Verhältnismäßigrecht. Die Hypothese Tabellinis trifft im Falle Belgiens vor allem für die Periode 1973 bis 1982 zu. In neun Jahren wurde das Land durch zehn Koalitionen regiert. Die Regierungsbildungen zogen sich oft in die Länge. Auf finanzwirtschaftlicher Ebene spiegelte sich dieses politische Versagen in einem Anstieg der Bruttostaatsverschuldung von etwa 66 Prozent des BIP im Jahr 1975 auf ungefähr 102 Prozent im Jahr 1982 wider. Das Haushaltsdefizit erreichte 1981 13,1 Prozent des BIP (OECD, 1992b) (s. Tabelle 1).

Politisch schwierige Entscheidungen, die die Wettbewerbsfähigkeit der belgischen Unternehmen hätten fördern können, wurden verzögert. Die strukturelle Wirtschaftskrise der siebziger Jahre wurde als bloße Konjunkturschwäche betrachtet. Die Textil- und Stahlindustrie sowie der Berg- und Schiffbau wurden subventioniert statt saniert.

Im Hinblick auf die Zukunft Belgiens stellt sich die Frage, inwieweit sich jenes instabile Szenario der siebziger Jahre wiederholen kann. Ist die relative Stabilität seit 1982 – mit zwar langwierigen Regierungsbildungen, aber immerhin nur vier Regierungen in fast einem Jahrzehnt – nur eine vorübergehende Episode?

Tabelle 1:

Öffentliche Finanzlage¹
 Haushaltsdefizit und Bruttoschuldenstand
 – in Prozent des Bruttoinlandsprodukts –

Jahr	Haushaltsdefizit	Schuldenstand
1980	- 9,2	79,9
1981	- 13,1	93,4
1982	- 11,2	102,4
1983	- 11,6	113,4
1984	- 9,4	118,6
1985	- 8,8	122,7
1986	- 9,1	127,0
1987	- 7,3	131,8
1988	- 6,5	133,2
1989	- 6,4	130,4
1990	- 5,8	130,3
1991	- 6,4	132,2
1992 ²	- 6,1	134,4

¹ in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.
² Schätzung.

Quelle: OECD.

Die Beantwortung dieser Frage setzt eine intensivere Beschäftigung mit dem politischen System Belgiens als eine der beiden wesentlichen Ursachen der Instabilität – neben dem fehlenden sozialen Konsens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern (Abschnitt 2.1.2) – voraus. Die Parteienvielfalt Belgiens ist nur ein Symptom. Sie ist letztendlich auf das schwierige Zusammenleben von Flamen und Wallonen zurückzuführen. Die Erfahrung lehrt, daß die Rivalität zwischen den beiden Gemeinschaften, das sogenannte „kommunautaire Problem“, wenn nicht immer die Ursache, so doch häufig der Anlaß für Regierungskrisen war. Es läßt sich aber vermuten, daß jenes kommunautaire Problem, auch wenn es wahrscheinlich nicht völlig zu lösen ist, in Zukunft eine immer weniger gravierende Rolle spielen wird. Hierfür sprechen an erster Stelle die drei folgenden Argumente:

– Seit 1970 wird Belgien zum föderativen Staat umgebaut. 1980 wurde das Land in drei Gemeinschaften (eine flämische, eine französisch- und eine deutschsprachige) und drei Regionen (Flandern, Wallonie und Brüssel) aufgeteilt. Der Zuständigkeitsbereich für die Gemeinschaften war ursprünglich auf das Gesundheitswesen und die Kultur, für die Regionen auf den Wohnungsbau, die Umwelt sowie regionale Wirtschaftsförderung und Raumplanung beschränkt. 1988 kam dann ein entscheidender Durchbruch. Beliefen sich die Mittel der Regionen und Gemeinschaften anfänglich nur auf insgesamt acht Prozent der gesamten Staatsausgaben, so waren es 1988 etwa 40 Prozent (Van Rompu, 1990). Wichtig war vor allem, daß die drei Gemeinschaften für Bildung zuständig wurden.

Obwohl die Gemeinschaften und Regionen noch immer nur geringe fiskalische Befugnisse haben – ihre Mittel sind vor allem staatlich erhobene Steuern, die umverteilt werden –, ist durch die Föderalisierung die Verantwortlichkeit der Teile gewachsen. Auf politischer Ebene sollen durch eine Verfassungsänderung die Regionen ihre eigenen Abgeordneten erhalten. Sie wären dann nicht länger von national gewählten Abgeordneten, die sowohl im nationalen als auch im regionalen Parlament vertreten sind, abhängig. So werden die Voraussetzungen für einen Bundesstaat immer deutlicher: Die Autonomie der Teilgebiete wird weiterhin zunehmen.

Das „kommunautaire Problem“ gehört jedoch noch nicht der Vergangenheit an. Wichtige Fragen bezüglich der Föderalisierung der Sozialversicherung sind bisher nicht geklärt. Der langfristige Trend ist aber eindeutig: Die Rolle des nationalen Staates, und folglich das Konfliktpotential zwischen Wallonen und Flamen, schrumpft weiter.

– Ein zweites Element dürfte die politische Instabilität infolge kommunautärer Probleme künftig ebenfalls verringern. Auch in Belgien ist nach den Wahlen vom 24. November 1991, die vor allem für Rechtstradikale und Splitterparteien ein Erfolg waren, die Rede von Politikverdrossenheit. Die meisten belgischen Wähler sind

der kommunautären Rivalitäten überdrüssig und erwarten, daß die Politiker sich wichtigeren Problemen zuwenden.

- Drittens kann es sich Belgien aus finanzieller Sicht nicht länger leisten, allzuviel Zeit mit kommunautären Problemen zu verlieren. Die Sanierung der Staatsfinanzen besitzt für die Zukunft eine vorrangige Priorität. Die Wirtschaft setzt der Politik deutliche Grenzen, deren Verletzung sich auch politisch nicht mehr lohnt.

Der Einfluß der Politik läßt sich aber nicht nur hinsichtlich der Staatsfinanzen untersuchen. Auch bei der Inflation und der Arbeitslosigkeit gilt es, die politisch-ökonomische Frage zu stellen.

1.2 Koalitionswechsel und politische Zyklen

1985 erschien eine Arbeit von De Grauwe (1985), in der er versuchte, die nicht unkontroverse Beziehung zwischen der politischen Richtung der jeweils amtierenden Regierungskoalition einerseits und den makroökonomischen Indikatoren wie Inflationsrate und Arbeitslosigkeit andererseits zu klären. Die Hypothese, daß Mitte-Links-Koalitionen aus Verteilungsgesichtspunkten tendenziell eine Kombination von weniger Arbeitslosigkeit und höherer Inflation bevorzugen, während Mitte-Rechts-Regierungen auch um den Preis hoher Arbeitslosigkeit auf eine niedrigere Teuerungsrate setzen, wurde nicht bestätigt. Es stellte sich sogar heraus, daß Mitte-Rechts-Koalitionen im Durchschnitt und unter Berücksichtigung der internationalen Konjunktursituation eher etwas mehr Inflation tolerierten.

Das Resultat der Studie, das den geringen Unterschied zwischen Regierungen links und rechts der Mitte belegt, läßt sich auch anhand einer Variante der Medianwähler-Theorie erklären. Offensichtlich wandelt sich die Rhetorik der sozialistischen und der liberalen Partei in eine Politik der Mitte, wenn sie an der Regierung beteiligt werden wollen. Es gilt dann letztendlich mehrheitsfähig zu sein, das heißt, man muß sich die Unterstützung der Christdemokraten sichern. Es bietet sich aber noch eine alternative Interpretation an. Sie nimmt

die Feststellung von De Grauwe zum Ausgangspunkt, daß die Höhe von Inflation und Arbeitslosigkeit im Rest der EG als Erklärung der belgischen Daten nicht zu vernachlässigen ist und die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung sich vor allem hinsichtlich der Arbeitslosigkeit als ein zweitrangiger Erklärungsfaktor erweist. Dies legt die Vermutung nahe, daß der geringe Unterschied im Verhalten der Koalitionen nicht zuletzt auf den beschränkten Spielraum der belgischen Politik zurückzuführen ist. Es geht hier um ein Thema, das seit den achtziger Jahren stark an Aktualität gewonnen hat: Inwieweit kann eine Regierung Ziele verfolgen, die nicht im Einklang mit dem europäischen Rahmen stehen? Wie groß ist heutzutage grundsätzlich die Freiheit für die belgische Politik?

Diese zweite Interpretation wird von Alesina (1989) auf der Basis eines internationalen Vergleichs weitgehend bestätigt. Er betont, daß ideologische Präferenzen hinsichtlich Inflation und Arbeitslosigkeit nur für kurze Zeit – bis zu einem Jahr nach Regierungsantritt – durchzuhalten sind. Mit anderen Worten, die wirtschaftlichen Leistungen eines Landes lassen sich kaum nach politischen Legislaturperioden aufgliedern, weil sich die Politik schnell an die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte anpassen muß. Diskretionärer Wirtschaftspolitik sind enge Grenzen gesetzt.

Es kann hier nicht darum gehen, die kurzfristigen politischen Einflüsse zu untersuchen. Bei schnell wechselnden Regierungen ist dies im übrigen fast unmöglich: Welchen Einfluß kann eine ein Jahr amtierende Regierung überhaupt auf Inflation oder Arbeitslosigkeit haben?

Die zentrale These lautet: Die Merkmale einer kleinen offenen Volkswirtschaft, die geldpolitische Zwangsjacke des Europäischen Währungssystems und die hohe Staatsverschuldung programmieren den zukünftigen Weg der belgischen Wirtschaftspolitik vor. Die Tatsache, daß es schlechterdings keine Alternative gibt, die sich auch politisch lohnt, wird die Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik auch in den neunziger Jahren unterstützen. Das heißt freilich nicht, daß der Horizont frei von allen Problemen ist. Die Regierungskrise vom Frühjahr 1993 belegt dies deutlich.

2. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

2.1 Die außenwirtschaftliche Beschränkung

2.1.1 Eine kleine offene Volkswirtschaft

Mit einem Anteil der Güter- und Dienstleistungsexporte am Sozialprodukt von etwa 70 Prozent stellt Belgien das Musterbeispiel einer kleinen offenen Volkswirtschaft dar. Das Land gilt als Preisanpasser ohne Monopolmacht. Seine Kapital- und Gütermärkte sind fest in den europäischen Rahmen integriert. Der Einfluß des Landes auf die internationale Konjunktur ist zu vernachlässigen.

Für Belgien als kleine offene Volkswirtschaft hat eine aktive Nachfragepolitik im Vergleich zu größeren Ländern wie die Bundesrepublik, USA oder Japan einen komparativen Nachteil. Maßnahmen, die an der Angebotsseite ansetzen, sind verglichen damit wesentlich vorteilhafter. Die Erklärung hierfür liegt darin, daß letztlich die Leistungsbilanz für die belgische Wirtschaftspolitik bestimmend ist. Wir stützen uns vor allem auf Abraham und Van Poecke (1989):

- Vor allem der hohe Exportanteil am BIP und weniger die Einkommenselastizität der Exporte – letztere ist sogar kleiner als in vielen Industrieländern – begründet die hohe belgische Abhängigkeit von der internationalen Konjunktur. Eine nationale Nachfragepolitik kann hier weder signifikanten Einfluß ausüben noch rezessiven Tendenzen entgegenwirken.
- Die Importquote der kleinen Länder ist im Durchschnitt doppelt so hoch wie die der großen Länder. Ein Anstieg des BIP um ein Prozent führt in Belgien zu einer Erhöhung der Importe von ebenfalls fast einem Prozent. Eine interne Nachfragepolitik führt also fast unmittelbar zu einem Handelsbilanzdefizit.
- Schließlich ist die Exportpreiselastizität der aggregierten Nachfrage, die den Einfluß einer Exportpreiserhöhung auf die Nachfrage mißt, mit $-0,69$ sehr hoch. Bei geringen Preisunterschieden

zwischen belgischen und ausländischen Produkten auf den internationalen Märkten sind die Substitutionsmöglichkeiten also erheblich. Preiserhöhungen infolge einer Nachfragepolitik gefährden so unmittelbar die Marktanteile der belgischen Exportindustrie.

Vor diesem Hintergrund ist offenkundig, daß für Belgien als Parade-fall einer kleinen offenen Volkswirtschaft eine Nachfragepolitik schnell an außenwirtschaftliche Grenzen stößt und nicht zu empfehlen ist.

Im Gegensatz zur Nachfrageseite wird die Angebotsseite einer Volkswirtschaft vor allem von institutionellen Faktoren bestimmt – beispielsweise der Struktur der Arbeitsbeziehungen, den Lohnkosten, dem Steuersystem etc. –, die für große und kleine Volkswirtschaften von gleicher Bedeutung sind. Es ist aber offenkundig, daß bei einem erheblichen Exportanteil und einer hohen Exportelastizität die internationale Wettbewerbsfähigkeit zur strategischen Determinante einer kleinen offenen Volkswirtschaft werden muß.

So folgerichtig dieser Schluß auch sein mag, ihm wurde durch die tatsächlich praktizierte Wirtschaftspolitik in der zweiten Hälfte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre zuwidergehandelt. Die Politik zeichnete sich gerade durch eine Ausweitung der Nachfrage und eine völlige Vernachlässigung der Angebotsseite aus.

2.1.2 Fehler der Vergangenheit

Im Jahr 1981 belief sich das Haushaltsdefizit auf 13,1 Prozent des BIP (OECD, 1992b). Die Leistungsbilanz rutschte mit einem Defizit von 4,2 Prozent des BIP tief in die roten Zahlen (OECD, 1992b). Obwohl Belgien in hohem Maße von Ölimporten abhängig ist, lassen sich die schlechten Ergebnisse nicht nur den beiden Mineralölkrisen von 1973 und 1979 und den darauf folgenden drastischen Ölpreissteigerungen zuschreiben. Tiefergreifende Ursachen machten sich 1982 anläßlich der Spekulation gegen den belgischen Franc bemerkbar.

Bis 1990 war der Devisenmarkt durch einen gespaltenen Wechselkurs für den belgischen Franc gekennzeichnet. Zwischen dem sogenannten Handels-Franc, der von der Nationalbank bestimmt wurde, und dem Franc für finanzielle Transaktionen, der sich frei am Devisenmarkt einpendelte, ergab sich seinerzeit ein Kursunterschied von etwa zwölf Prozent (Ministerie van Financiën, 1992). Die Spekulantensetzten folglich auf eine Abwertung des belgischen Franc, und zwar durchaus zu Recht, denn die Währung war im Europäischen Währungssystem fundamental überwertet. Die Entwicklung des realen effektiven Wechselkurses illustriert dies überdeutlich (s. Abbildung 1). Die Wettbewerbsfähigkeit der belgischen Wirtschaft war dadurch in hohem Maße gefährdet.

Auch andere Indikatoren zeigten in die gleiche Richtung. Der Lohnanteil am Volkseinkommen war zwischen 1970 und 1981 um etwa

Abbildung 1:

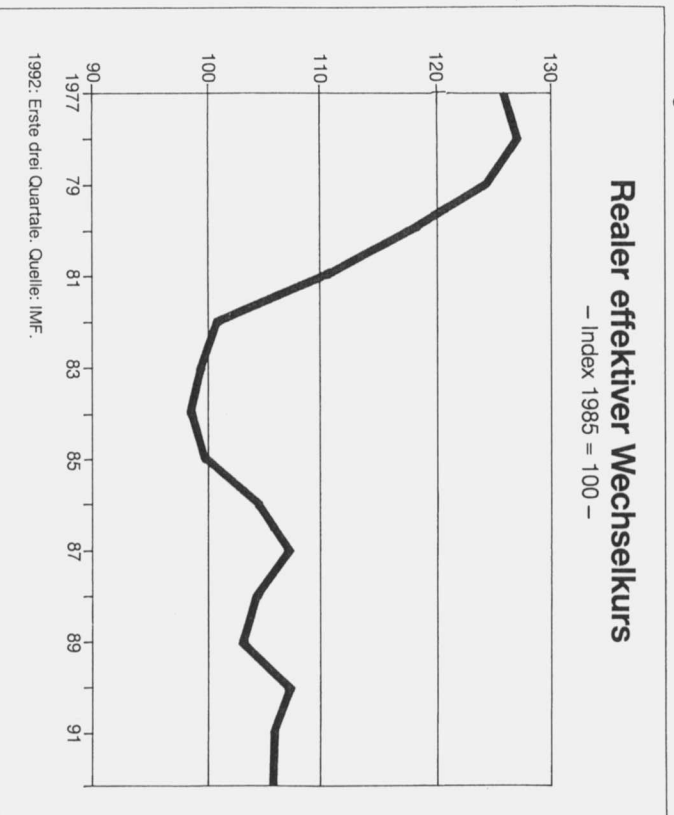
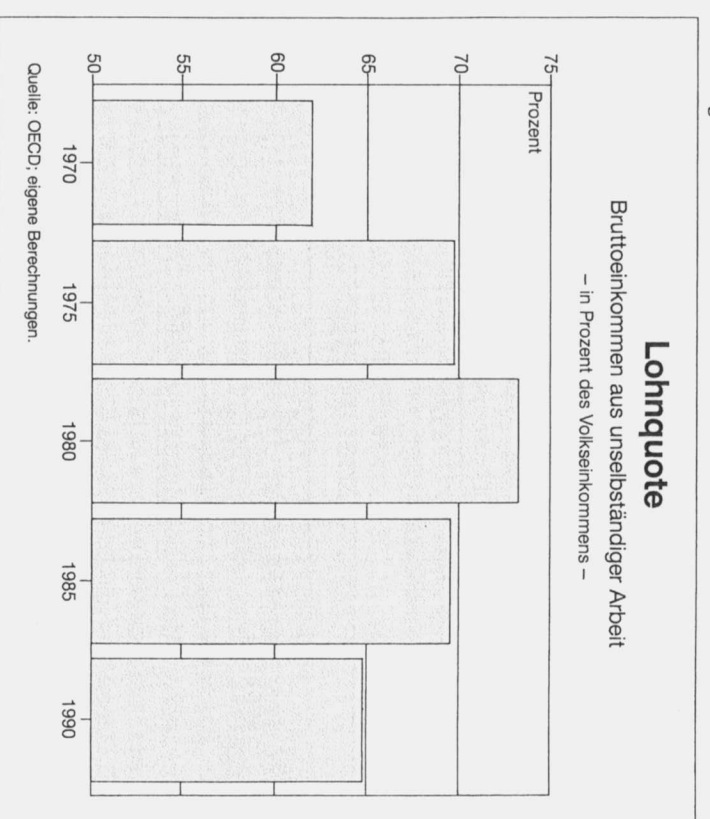


Abbildung 2:



20 Prozent gestiegen, das heißt von 62 Prozent auf 73,8 Prozent (s. Abbildung 2). Der jährliche Lohnanstieg hat in Belgien zwischen 1974 und 1981 den Produktivitätsfortschritt um durchschnittlich 1,6 Prozentpunkte übertraffen, immerhin 1,2 Prozentpunkte mehr als in OECD-Europa (s. Tabelle 2).

Trotz der offensichtlichen Gefährdung der belgischen Wettbewerbsposition wehrte sich die Notenbank gegen eine Abwertung des Franc. 1982 fürchtete sie in einen Teufelskreis von Abwertung, Inflation und Lohnanstieg zu geraten (Bohets, 1992b). Denn es war nicht davon auszugehen, daß der Lohn-Preis-Spirale mit rein binnenwirtschaftlichen Maßnahmen Einhalt geboten werden konnte. Insbesondere hielt die Notenbank einen Lohnstopp für unrealistisch. Hier zeigt sich – neben dem kommunautären Problem – eine zweite

Tabelle 2:

Reale Arbeitskosten und Produktivität im Unternehmenssektor
 – durchschnittliche Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent –

	Reale Arbeitskosten	Produktivität
	1974 – 1981	
Belgien	4,5	2,9
OECD Europa	2,7	2,3
Differenz	1,8	0,6
1981 – 1986		
Belgien	0,2	1,9
OECD Europa	1,0	2,2
Differenz	-0,8	-0,3
1986 – 1991		
Belgien	1,5	2,4
OECD Europa	1,5	1,8
Differenz	0,0	0,6

Reale Arbeitskosten: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten, deflationiert mit dem Wertschöpfungsdeflator.
 Produktivität: reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.
 Quelle: OECD.

Ursache für die Instabilität Belgiens während der siebziger Jahre: der fehlende soziale Konsens. Wie ist die mangelnde Solidarität zu deuten? Zwei Fakten sind in diesem Zusammenhang zu erwähnen:

- Die automatische Indexbindung der Löhne an die Verbraucherpreise. Seit 1950 gilt dieser Mechanismus für die Arbeitnehmer als unbestrittenes Recht. Er erklärt zwar technisch, wie die Lohn-Preis-Spirale in Gang gehalten wurde, nicht jedoch, warum eine Politik der Lohndämpfung tabu war. Auch die Tatsache, daß der lange anhaltende Aufschwung seit den fünfziger Jahren Lohn-erhöhungen zur Selbstverständlichkeit gemacht hatte, dürfte zur Begründung nicht ausreichen.

- Die Struktur der Tarifverhandlungen. Im internationalen Vergleich befindet sich Belgien auf der Skala, die den unterschiedlichen Grad der Zentralisierung beziehungsweise Dezentralisierung der Tarifverhandlungen in den westlichen Industrieländern erfassen will, in einer mittleren Position (Calmfors/Driffil, 1988). Auf dem sogenannten Korporatismus-Index von Bruno und Sachs (1985), der die Tarifverhandlungen in den verschiedenen Ländern anhand des Niveaus der Tarifabschlüsse, der Macht der Gewerkschaftszentralen im Verhältnis zu ihren regionalen Gliederungen, des Kooperationsgrades zwischen den Arbeitgebern und schließlich des Vorhandenseins von Betriebsräten zu ordnen versucht, bezieht Belgien ebenfalls eine Mittelposition.

Obwohl man sich davor hüten soll, solche internationalen Indizes zum alleinigen Erklärungsfaktor zu machen – die statistischen Ergebnisse sind nicht für alle Länder eindeutig (Schnabel, 1992, 1993) –, helfen sie, die überdurchschnittlichen Lohnforderungen in den Tarifrunden zu erklären. Denn durch die Mittelposition entsteht ein Freerider-Problem (De Grauwe, 1992b; Heylen/Van Gompel, 1992). Es gibt die Hypothese, daß eine Gewerkschaft sich bei stark zentralisierten Tarifverhandlungen in inflationären Zeiten zurückhalten wird, da maßlose Lohnforderungen unter diesen Umständen kontraproduktiv sind; sie erhöhen die nationale Teuerungsrate und senken letztlich für alle die Reallohne.

Andererseits läßt sich vermuten, daß überzogene Lohnwünsche in extrem dezentralisierten Verhandlungen, etwa auf Betriebsebene, sich für die Arbeitnehmer unmittelbar in einem Verlust an Arbeitsplätzen niederschlagen. Die Gewerkschaft wird in diesem Fall ihre Lohnwünsche nach unten korrigieren müssen.

Es stellt sich heraus, daß die Mittelposition aus der Sicht einzelner Gewerkschaften günstig ist: Einerseits ist in den jeweiligen Branchen der Einfluß ihrer Lohnforderungen auf die nationale Teuerungsrate zu vernachlässigen. Andererseits sind Arbeitsplatzverluste infolge überzogener Lohnforderungen nicht unmittelbar sichtbar. Folglich halten sich die Gewerkschaften bei den Lohnforderungen nicht

zurück, was zu mehr Inflation und steigender Arbeitslosigkeit führt. Die Mittelposition bewirkt also für die Wirtschaft insgesamt eine suboptimale Lösung.

Infolge des Fehlens eines sozialen Konsenses wurden die gesamtwirtschaftlichen Anpassungskosten während der siebziger Jahre primär den Unternehmen aufgebürdet. Ihre Erträge sanken beträchtlich. So konnte es nicht verwundern, daß sich die Unternehmen mit Investitionen – neben den Löhnen eine zweite Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie – zurückhielten. Die realen Anlageinvestitionen stiegen in Belgien in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre gerade noch um 0,1 Prozent, während sie im Durchschnitt der OECD-Länder um 5,6 Prozent zunahm (Institut der deutschen Wirtschaft, 1991). Dies war um so problematischer, als vor allem die traditionellen belgischen Industriezweige wie Stahl und Textil durch die weltweite Krise möglichst schnell auf neue Investitionen und Diversifikation angewiesen waren.

Im Jahr 1982 wurde zunehmend deutlich, daß die Wirtschaftskrise nicht länger lediglich als Konjunkturreinbruch zu betrachten war. Es galt nun, entschlossene Maßnahmen zu ergreifen. Die schwarzblaue Koalition bekam Vollmachten vom Parlament, um schnell und entschieden handeln zu können.

2.1.3 Die Wende 1982

Im Februar 1982 wurde der belgische Franc hinter dem Rücken der Notenbank um 8,5 Prozent abgewertet. Im nachhinein wurde diese Abwertung in Belgien als deutliches Signal für den wirtschaftspolitischen Neubeginn verstanden. Die Abwertung war indes nur Teil eines ganzen Programms, das den Erfordernissen einer kleinen offenen Volkswirtschaft gemäß vor allem die Angebotsseite verbessern sollte. Die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit und der Leistungskraft der Unternehmen durch Modernisierung und Flexibilisierung – und damit die Verbesserung der Leistungsbilanz – wurden zur übergeordneten wirtschaftspolitischen Priorität erklärt. Unter anderem wurde eine aktive Preispolitik eingeführt. Bis 1987

blieb ein selektiver Preisstopp in Kraft. Die automatische Bindung der Löhne an den Verbraucherpreisindex wurde zunächst in der ersten Jahreshälfte 1982 aufgehoben und später durch eine gezielte Politik der Lohndämpfung abgelöst. Die Indexkoppelung trat später zwar wieder in Kraft, doch galt es, eine Wettbewerbsnorm zu respektieren. Konkret bedeutete dies, daß der Preisanstieg sich unter anderem auf den Lohnzuwachs bei den wichtigsten Handelspartnern – Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, USA und Japan – beschränken mußte.

Die Eingriffe des Staates in die Tarifautonomie wurden 1989 durch das Gesetz zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit noch massiver. Seitdem muß die Regierung aktiv werden, falls sich bestimmte Referenzgrößen verändern. Dazu gehören die Weltmarktanteile, die Finanzierungskosten, die Energiekosten, die Unternehmensinvestitionen sowie die FuE-Ausgaben. Wenn die Weltmarktanteile schrumpfen und zumindest einer der genannten weiteren Indikatoren auf eine verschlechterte Wettbewerbsposition deutet, kann die Regierung praktisch am Parlament vorbei Einkommenskürzungen, Steuererleichterungen, Zinssubventionen oder Investitionsanreize beschließen, um dem Trend entgegenzuwirken (Institut der deutschen Wirtschaft, 1991).

Es ist offensichtlich, daß das Gesetz von 1989 die belgischen Tarifverhandlungen aus jener Freerider-Mittelposition herausgelöst hat. Es stellt eine institutionelle Bremse dar, die die belgische Wirtschaft auch in Zukunft gegen die Ausrutscher der siebziger Jahre schützen dürfte.

Wie sehr die Wettbewerbsfähigkeit zur strategischen Determinante der belgischen Wirtschaftspolitik geworden ist, läßt sich im Jahresbericht 1991 des Internationalen Währungsfonds für Belgien nachlesen. Dort wird betont, daß die Regierung im Jahr 1990 angesichts der damaligen nominalen effektiven Aufwertung des französischen Franc erzwang, auf das Wettbewerbsgesetz zurückzugreifen, obwohl nach Meinung des IWF die Konkurrenzkräft Belgiens mittelfristig gar nicht gefährdet war (IMF, 1991).

Neben der Lohnkostendämpfung bemühte sich die Regierung vor allem darum, die Investitionstätigkeit durch Steuervergünstigungen anzureizen. Der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne wurde schrittweise von 48 auf 39 Prozent 1992 gesenkt. Der Wohnungsbau wurde gezielt gefördert. Das Gesetz Cooremans-De Clercq regelte Steuerbegünstigungen für kleine Sparer, die ihr Geld unmittelbar im privaten Sektor produktiv anlegen wollten.

Die positiven Effekte des Gesamtpaketts zur Gesundung der belgischen Wirtschaft blieben nicht aus:

- 1984 hatte sich die Leistungsbilanz mehr oder weniger erholt; ab 1985 wurde bereits ein Überschuß erzielt.
- Zwischen 1981 und 1989 sank der Lohnanteil am Volkseinkommen um ungefähr zehn Prozentpunkte (Abbildung 2).
- Zwischen 1981 und 1986 übertraf die jährliche Produktivitätszuwachsrate den realen Lohnkostenanstieg um 1,7 Prozentpunkte, etwa 0,5 Prozentpunkte mehr als in OECD-Europa – vor allem dank der mäßigen Lohnentwicklung. Die realen Nettolöhne waren 1986 fast bis auf das Niveau von 1979 zurückgefallen. Die positive Zuwachsrate der realen Lohnkosten für 1981 bis 1986 von 0,2 Prozent ist folglich das Ergebnis der sogenannten „tax wedge“, das heißt der Differenz zwischen dem vom Unternehmen zu zahlenden Bruttolohn einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und dem Nettoeinkommen des Arbeitnehmers. Diese „tax wedge“, bezogen auf das Bruttoeinkommen, lag mit etwa 47 Prozent im Durchschnitt der achtziger Jahre mehr als zehn Prozentpunkte höher als in OECD-Europa (OECD, 1992a) (Tabelle 2).

Damit war Belgien 1986 für den kräftigen Aufschwung infolge des fallenden Dollars und des umgekehrten Ölshocks gerüstet:

- Zwischen 1988 und 1991 wuchs die belgische Volkswirtschaft jährlich um 0,5 Prozentpunkte schneller als die der EG-Länder.

Im Zeitraum 1983 bis 1987 blieb Belgien hingegen jährlich mit fast einem Prozent hinter diesen zurück (OECD, 1992b).

- Die Unternehmensinvestitionen erlebten nach einem durchschnittlichen realen Zuwachs von etwa sechs Prozent (1984-1987) in den Jahren 1988 und 1989 einen regelrechten Boom. Sie stiegen um 13,3 beziehungsweise 16,3 Prozent an. 1990 waren es immerhin noch neun Prozent. Diese stürmische Entwicklung ist praktisch als Nachholbedarf zu deuten. 1990 hatte die Investitionsquote der Unternehmen in Belgien mit 13 Prozent des Bruttosozialprodukts wieder in etwa das Niveau der Nachbarländer erreicht (IMF, 1991).

- Der Anstieg der Investitionen verbesserte zunehmend auch die belgische Arbeitsproduktivität. Sie erhöhte sich im Zeitraum 1986-1991 jährlich um 2,4 Prozent, immerhin 0,6 Prozentpunkte mehr als in OECD-Europa (Tabelle 2).

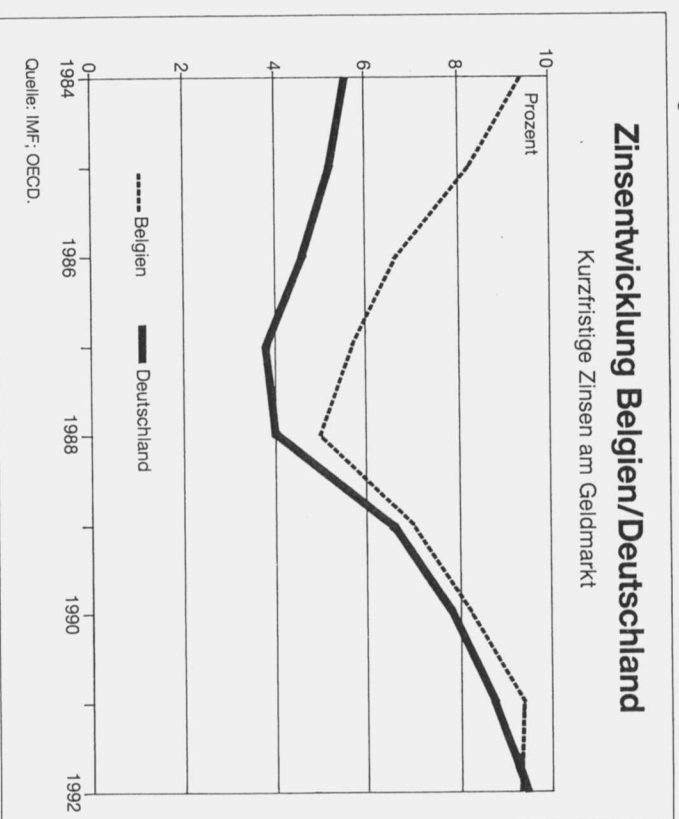
Für 1992 läßt sich eindeutig feststellen, daß die Wettbewerbsfähigkeit als wichtigstes Merkmal einer kleinen offenen Volkswirtschaft zur strategischen Determinante der belgischen Wirtschaftspolitik geworden ist. Sie wird sogar per Gesetz für die Zukunft geschützt. Zusammen mit der sehr empfindlichen Zahlungsbilanz bildet sie jedoch nicht die einzige Zwangsjacke, die den wirtschaftspolitischen Entscheidungen enge Grenzen setzt. Auch die geldpolitische Beschränkung verringert den politischen Handlungsspielraum.

2.2 Die geldpolitische Beschränkung

Zunächst ein kurzer Überblick über einige wesentliche monetäre Fakten:

- 1982 wurde der belgische Franc um 8,5 Prozent abgewertet. Seit 1987 bewegt er sich im Europäischen Währungssystem innerhalb einer sehr engen Marge von einem Prozent gegenüber der D-Mark. Im Juni 1990 wurde er offiziell an die D-Mark gekoppelt. Seitdem gilt er als eine der stärksten Währungen im EWS, die

Abbildung 3:



- In den letzten Jahren hat sich die Differenz zwischen den kurzfristigen belgischen und deutschen Zinsen bis auf Null verringert. Gelegentlich lagen die belgischen Zinsen schon unter den deutschen. Die langfristigen Zinsen liegen in Belgien noch etwa einen Prozentpunkt höher als in Deutschland. Dabei ist daran zu erinnern, daß 1984 noch kurz- und langfristig eine Zinsdifferenz von etwa vier Prozentpunkten zuungunsten von Belgien vorlag (s. Abbildung 3).
- Auch hinsichtlich der Teuerung kann Belgien eine gute Bilanz vorlegen. Die Inflationsrate gehört heute zu den niedrigsten Europas und liegt zur Zeit unterhalb der deutschen.

2.2.1 Die Vorteile einer Hartwährungspolitik

Mit dem Stichwort Hartwährungspolitik lassen sich aus geldpolitischer Sicht am besten die guten Ergebnisse der letzten Jahre zusammenfassen. Vieles spricht dafür, daß diese Politik auch in Zukunft fortgesetzt wird. Zum einen ist für die von Belgien gewünschte Teilnahme an der künftigen Europäischen Währungsunion eine harte Währung zwingend gefordert. Zum anderen besitzt eine Hartwährungspolitik nicht nur ökonomische, sondern auch politische Vorteile. Diese sind so offensichtlich, daß die Verantwortlichen in Brüssel es kaum wagen dürfen, vom Kurs der letzten Jahre wieder abzuweichen. Hier sind insbesondere folgende Faktoren zu erwähnen:

- Nur eine glaubwürdige Hartwährungspolitik kann Abwertungserwartungen für den belgischen Franc ausschließen und damit die Risikoprämie im Zins auf ein Minimum reduzieren. Für ein hochverschuldetes Land wie Belgien, wo sich der Bruttoschuldenstand des Staates auf über 130 Prozent des BIP erhöht hat, ist dies von vitaler Bedeutung. Da ungefähr ein Viertel der Staatsschuld kurzfristig finanziert ist, impliziert eine Erhöhung des kurzfristigen Zinssatzes um einen Prozentpunkt einen Anstieg der Zinslast um etwa 20 Milliarden bfrs, etwa 0,5 Prozent der Staatsausgaben (OECD, 1990). Hier ist noch einmal auf die verringerte Zinssatzdifferenz infolge der Koppelung des belgischen Franc an die D-Mark zu verweisen.
- Ein starker belgischer Franc verhindert den Import von Inflation. Um ein Prozent steigende Importpreise erhöhen binnen eines Jahres die inländische Teuerungsrate um ungefähr ein Prozent (OECD, 1990). Hinsichtlich der strategischen Bedeutung der Wettbewerbsfähigkeit und der Indexbindung der Löhne ist unmittelbar einsichtig, wie wichtig für Belgien eine starke Währung als Inflationsbremse ist.

Die Vorteile der Hartwährungspolitik sind aber nicht nur ökonomischer Natur. Auch wenn man davon ausgeht, daß Politiker nicht

immer ausschließlich das nationale Interesse im Auge haben, läßt sich vermuten, daß sie eine Politik der starken Währung befürworten werden. Diese These stützt sich nicht in erster Linie auf das politisch-ökonomische Argument, wonach eine Abwertung einem öffentlichen Eingeständnis gleichkommt, daß die bisher praktizierte Politik versagt hat. Aus Angst vor Stimmenverlusten würde danach kein Politiker eine Abwertung wagen. Tatsächlich mag unter bestimmten Umständen aber eine Abwertung auch aus politischen Gründen durchaus angebracht sein (IMF, 1984). Das Argument ist mithin doppeldeutig.

Im Falle Belgiens ist es vor allem die prekäre finanzpolitische Lage, die eine konsequente Hartwährungspolitik im Interesse der Politiker erscheinen läßt. Bei einer Zinslast von etwa 700 Milliarden bfrs 1993 – rund 40 Prozent des Zentralhaushalts (bezogen auf die gesamten Staatsausgaben sind es immerhin mehr als 19 Prozent) – stellt jede Erleichterung der Zinslast eine willkommene Einsparung dar (De Standaard, 1992b). Eine Hartwährungspolitik ist aber kein „free lunch“, das heißt, sie ist nicht umsonst zu haben. Vielmehr setzt sie erhebliche binnenwirtschaftliche Anstrengungen voraus.

2.2.2 Die Voraussetzungen einer Hartwährungspolitik

Obwohl in modernen Volkswirtschaften der Kapitalverkehr den Güter- und Dienstleistungsverkehr rein quantitativ bei weitem übertrifft, bleibt die Leistungsbilanz von grundsätzlicher Bedeutung für den Wechselkurs eines Landes. Langfristig läßt sich mit einem Defizit keine harte Währungspolitik betreiben. Daraus erklärt sich zum Teil, weshalb der belgische Franc vor 1986 – als die Leistungsbilanz der BLEU zum ersten Mal wieder einen Überschuß aufwies – noch keine glaubwürdig starke Position erreichen konnte. Erst die Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und des Gleichgewichts im Güter- und Dienstleistungsverkehr legte die Basis für eine glaubhafte Hartwährungspolitik.

Neben dem Güterverkehr ist allerdings auch der Kapitalverkehr ausschlaggebend. Belgien hat erfahren müssen, daß auf Dauer in

Europa keine unterschiedliche Zinsbesteuerung aufrechtzuerhalten ist. Trotz des Leistungsbilanzüberschusses wurde in immer stärkerem Umfang belgisches Kapital in ausländischen Wertpapieren angelegt. 1989 wies der Effektenverkehr ein Defizit von etwa 206 Milliarden bfrs auf. Dies ist nicht als Folge mangelnden Vertrauens in den Franc zu deuten, sondern vielmehr auf die 25prozentigen Kapitalertragsteuer zurückzuführen. Erst die Senkung des Kuponsteuersatzes von 25 auf 10 Prozent setzte der Kapitalflucht 1990 ein Ende.

In letzter Konsequenz muß sich eine Hartwährungspolitik auf eine breitere angelegte Stabilitätspolitik, deren Resultat und Voraussetzung sie zugleich ist, gründen. Diese Stabilitätspolitik muß konsequent auf eine möglichst niedrige Inflationsrate gerichtet sein. Auch in Belgien scheint sich heute der gesellschaftliche Konsens in Richtung auf ein tolerierbares Inflationsstempo von zwei bis drei Prozent jährlich zu bewegen.

Die Argumente hierfür sind hinlänglich bekannt. Niedrige Inflationsraten lassen sich besser als hohe unter Kontrolle halten – getreu der Erfahrung „a little bit of inflation is like a little bit of pregnancy, it is liable to increase“ (Financial Times, 23. 7. 1992). Niedrige Inflationsraten beseitigen zudem ein wesentliches Element der Unsicherheit für Investoren. Andererseits ist nach weit verbreiteter Meinung ein bißchen Inflation aber nötig, da auf diese Weise in Notfällen eine reale Lohnsenkung leichter zu bewerkstelligen ist als durch Nominallohnverzicht (The Economist, 1992).

Niedrige Inflationsraten sind aber an zwei wichtige Voraussetzungen gebunden. Die eine betrifft den sozialen Konsens in den Tarifverhandlungen – davon war bereits die Rede –, die andere die Unabhängigkeit der Notenbank. Beides hängt eng miteinander zusammen. Die Stabilitätspolitik muß letztlich von der breiten Bevölkerung getragen werden, weil sie mitunter zumindest kurzfristig mit anderen wirtschaftspolitischen Zielen in Konflikt geraten kann (Fröhlich, 1992). Auch in dieser Hinsicht hat sich in Belgien während der letzten Jahre einiges zum Guten entwickelt.

2.2.3 Die Unabhängigkeit der Notenbank

Das Postulat der Unabhängigkeit der Notenbank ist anlässlich der Diskussion über eine europäische Zentralbank im Vorfeld des Maas-trichter Vertrags Gegenstand intensiver Diskussionen gewesen. Notenbankpolitische Unabhängigkeit gilt als institutionelle Vorkehrung gegen die Versuchung der Politik, die kurzfristigen Vorteile der sogenannten Phillips-Kurve auszunutzen, sprich: mehr Inflation zu akzeptieren, um Arbeitsplätze zu sichern. In der ökonomischen Theorie herrscht weitgehende Einigkeit darüber, daß Unabhängigkeit der Notenbank und Inflation nahezu perfekt negativ korrelieren. Das heißt, je unabhängiger die Währungshüter, desto niedriger die Inflationsrate. Über die Frage, inwieweit die Geldpolitik der Notenbank langfristig das reale Wachstum zu beeinflussen vermag, gehen dagegen die Meinungen auseinander. Alesina und Summers (1991) beispielsweise sehen durch ihre empirischen Untersuchungen die Hypothese von der Neutralität des Geldes bestätigt, wonach die Geldpolitik langfristig das reale Wachstum nicht beeinflusst. Andere wie zum Beispiel Issing (1992) dagegen postulieren einen positiven Zusammenhang. Danach kann eine unabhängige Notenbank nicht nur die Inflationsrate senken, sondern auch Preisschwankungen reduzieren und so die Investitions- und Wachstumsbedingungen verbessern. In jedem Fall dürften die Vorteile einer unabhängigen Notenbank die Kosten aufwiegen.

Um vor diesem Hintergrund die belgische Situation eingehender zu beleuchten, scheint zunächst eine genauere Beschreibung des Begriffs Unabhängigkeit angebracht. Verwiesen sei hier vor allem auf den Unabhängigkeitsindex von Tabellini (Grilli u.a., 1992). Auch wenn diese Art Indizes zwangsläufig etwas Willkürliches haben, scheinen sie doch zumindest bestimmte Tendenzaussagen seit den fünfziger Jahren zu ermöglichen. Dabei sind eine politische und eine wirtschaftliche Dimension der Unabhängigkeit zu unterscheiden.

● Die politische Dimension

Der politische Aspekt bezieht sich auf die Frage, inwieweit die Notenbank in der Lage ist, das endgültige Ziel der Geldpolitik auto-

nom zu bestimmen. Damit ist insbesondere die Fähigkeit gemeint, unabhängig von der Regierung agieren zu können und niedrige Inflation als prioritäres Ziel verfolgen zu dürfen. Als Indizien dieser Form von Unabhängigkeit können nach Tabellini gelten:

- Ernennungsverfahren des Notenbank-Präsidenten und der Mitglieder des Zentralbankrates mit einem Minimum an Einflußnahme durch die Regierung;
- eine relativ lange Amtszeit von mindestens fünf Jahren für den Präsidenten und die Ratsmitglieder der Notenbank;
- keine Regierungsvertreter in den obersten Entscheidungsgremien;
- keine formale Billigung der Notenbank-Politik durch die Regierung;
- gesetzliche Festlegung des Ziels der Geldwertstabilität;
- rechtlich definierte Regeln zugunsten der Notenbank im Falle von Konflikten mit der Regierung.

Formal schneidet Belgien diesbezüglich im Vergleich zur Bundesrepublik recht ungünstig ab. Nur die sechsjährige Amtszeit der Zentralbankratsmitglieder ist von allen erwähnten Kriterien als einzige gegeben, um die politische Unabhängigkeit nach Tabellini zu gewährleisten. In der Bundesrepublik hingegen erweist sich die Ernennung der Direktoriumsmitglieder einschließlich des Präsidenten auf Vorschlag der Regierung als das einzige Merkmal, das nicht die Tabellinkriterien erfüllt.

Die verschiedenen Kriterien führen zu der Frage, inwieweit die Notenbank eigenständig ihre Politik bestimmen kann. In diesem Sinne mag die Koppelung des belgischen Franc an die D-Mark, welche zu einer Verringerung der Inflationsrate geführt hat, primär als ein Versuch gedeutet werden, die außer Kontrolle geratenen Staatsfinanzen besser in den Griff zu bekommen. Insofern ist eine niedrige Inflation nicht das endgültige Ziel der belgischen Geldpolitik. Andererseits gewährleistet gerade der Druck der Staatsverschuldung die Verpflichtung zu einer stabilitätsgerechten Geldpolitik.

Die Frage nach der politischen Unabhängigkeit ist jedoch nicht allein mit dem gesetzlich-institutionellen Rahmen zu beantworten. Der politischen Praxis und den agierenden Persönlichkeiten muß ebenfalls Rechnung getragen werden. So ergab sich etwa in Belgien die eigenartige Konstellation, daß der heutige Notenbankpräsident A. Verplaetse, ein ehemaliger Ressortchef von Ministerpräsident Martens mit guten Beziehungen zu den Gewerkschaften, gerade der Architekt der wirtschaftspolitischen Wende von 1982 war und sich als Präsident wiederholt zu schwierigen Fragen geäußert hat. Allgemein formuliert: Womöglich ist es in einem Land wie Belgien mit seinen komplizierten politischen und sozialen Verhältnissen für die Währungshüter sogar ein Pluspunkt, wenn sie enge Beziehungen zur Politik und zu den Gewerkschaften unterhalten.

● *Die wirtschaftliche Dimension*

Unter der wirtschaftlichen Dimension der Notenbank-Unabhängigkeit werden nach Tabellini zwei Fragen subsumiert (Grilli u.a., 1992): erstens, ob die Regierung selbst über die Höhe möglicher Notenbankkredite an den Staat entscheiden kann, und zweitens, welche geldpolitischen Instrumente der Notenbank zur Verfügung stehen. In dieser Hinsicht war die belgische Position in den letzten Jahrzehnten im internationalen Vergleich hervorragend und ähnelte derjenigen der Deutschen Bundesbank. Zwar mußte die Notenbank dem Staat auf Wunsch automatisch und zeitlich unbegrenzt Kredite gewähren, doch war dafür der Marktzinssatz zu zahlen. Die Kreditgewährung war dabei quantitativ begrenzt – für Tabellini ein eindeutiges Zeichen der Unabhängigkeit. Ähnlich wertet er auch die Tatsache, daß nicht ausschließlich die Notenbank für die Bankenaufsicht zuständig war und sie auch das allgemeine Zinsniveau letztlich selbst bestimmen konnte.

Diese formale Sicht ist allerdings um einige praxisbezogene Beobachtungen zu ergänzen, die die achtziger Jahre verdeutlichen und die heutige Lage skizzieren. So haben Heremans und de Broeck (1989) in einer makrosectoriellen Analyse nachgewiesen, wie wenig die belgische Notenbank in den siebziger und achtziger Jahren

tatsächlich in der Lage war, eine eigenständige Politik zu betreiben. Ihr Handlungsspielraum wurde begrenzt einerseits durch den Finanzierungsbedarf der öffentlichen Hand und andererseits durch die Anlagepolitik der Kreditinstitute, die sich immer weiter ihrer Kontrolle entzogen.

Die öffentliche Hand wandte sich über den Geldmarkt an die Kreditinstitute für den Teil des Haushaltsdefizits, den sie nicht langfristig finanzieren konnte. Die Kreditinstitute ihrerseits nutzten den kurzfristigen Finanzierungsbedarf des Staates zum Ausgleich ihres internen Liquiditätsüberschusses oder -defizits, wodurch sie ihre Liquiditätslage teilweise unabhängig gestalten und sich so dem Einfluß der Notenbank entziehen konnten. De facto wurde auf diese Weise statt des Diskontsatzes der Zinssatz für kurzfristige belgische Staatspapiere zum Leitzins.

Für den Teil des Budgetdefizits, den der Staat nicht bei den Kreditinstituten finanzieren konnte, wandte er sich an die Notenbank. Diese fungierte gleichsam als Lückenbüßer und war zur monetären Alimentierung öffentlicher Fehlbeträge gezwungen, statt als autonomer Partner eine eigenständige Politik zu verfolgen. Die monetäre Finanzierung erfolgte über zwei Kanäle: entweder direkt über die Kreditlinie des Staates (Rentenfonds und Staatskasse) bei der Notenbank oder indirekt durch Umtausch vom Staat aufgenommener Fremdwährungskredite in belgische Francs. Die bestimmenden Faktoren der Geldpolitik waren infolgedessen letztendlich der Staat mit seinem Finanzierungsbedarf und die Anlagepolitik der Kreditinstitute.

Erst Anfang der neunziger Jahre haben die unterschiedene Hartwährungs politik und der Zwang zu einer solideren Finanzierung der Staatsverschuldung eine fundamentale Modernisierung der geldpolitischen Instrumente mit sich gebracht. Das Ergebnis ist eine deutlichere Grenze zwischen Finanz- und Geldpolitik:

- Die Kreditlinie des Staates (Rentenfonds und Staatskasse) wurde vorübergehend auf 15 beziehungsweise 5 Milliarden bfrs begrenzt und soll ab 1994 auf Null reduziert werden. 1986 belief

sich zum Beispiel die Kreditlinie des Rentenfonds bei der Notenbank noch auf insgesamt 210 Milliarden brfs.

- Der Markt für belgische Staatspapiere wurde modernisiert. Neben den Kreditinstituten wurden neue Akteure auf dem Markt zugelassen. Die Emissionen wurden standardisiert, und es wurde ein Sekundärmarkt eingerichtet. Der Zinssatz ist dadurch heute wesentlich stärker durch den Markt bestimmt, während er früher unter Einfluß der öffentlichen Hand diskretionär von der Notenbank festgelegt wurde.

- Die Refinanzierungsmechanismen der Geschäftsbanken wurden so reorganisiert, daß die Notenbank, einmal von dem direkten Einfluß des Staates befreit, den Finanzsektor besser im Griff hatte. Die bis dahin praktizierte Politik unbegrenzter Liquiditätsgewährung wurde beendet. Statt dessen wurden Zins- und Mengentender zusammen mit einer besseren Kontrolle der Kreditaufzeit eingeführt. Infolgedessen kann die Notenbank auf marktkonformer Weise die Geldmarktzinsen beeinflussen. Der Diskontsatz erhält vor allem eine Signalfunktion.

Die im internationalen Vergleich spät erfolgte Modernisierung der belgischen Finanzmärkte bildete die unabdingbare institutionelle Voraussetzung für die Hartwährungspolitik. Im Inland besitzt diese mittlerweile offenbar eine hohe Glaubwürdigkeit. Ein untrüglicher Beweis dafür ist, daß 1990 und 1991 eine umfangreiche Portfolioumstrukturierung zugunsten des belgischen Franc stattfand. Die Basisbilanz (Leistungsbilanz plus langfristiger Kapitalverkehr) zeigte nach den Defiziten der achtziger Jahre 1990 und 1991 einen komfortablen Überschuß. Der kurzfristige Kapital- und Wertpapierverkehr von Inländern mit dem Ausland verzeichnete 1991 einen Überschuß von 64 Milliarden brfs, während zwei Jahre zuvor noch ein Defizit von 252 Milliarden registriert wurde. Die Belgier haben allem Anschein nach früher im Ausland angelegtes Kapital wieder repariert.

Eine vergleichbare Entwicklung bei ausländischen Anlegern gab es jedoch nicht; eher war das Gegenteil der Fall (De Standard, 1992a).

Das legt die Vermutung nahe, daß die Hartwährungspolitik und die institutionelle Modernisierung des belgischen Finanzsektors im Ausland entweder noch nicht hinreichend bekannt oder nicht glaubwürdig sind.

Während sich die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Notenbank im Inland fraglos vergrößert hat, muß dies aus internationaler Perspektive allerdings relativiert werden. Zugespielt formuliert, läßt sich sogar behaupten, daß die Notenbank gegenüber dem Ausland in dem Maße an Autonomie verloren hat, wie sie diese im Inland gewinnen konnte. Denn die Geldpolitik ist bekanntlich durch das inkompatible Trio von freiem internationalem Kapitalverkehr, festen Wechselkursen und Kontrolle der inländischen Geldmenge gebunden. Durch die Koppelung an die D-Mark ist dem belgischen Franc jede Freiheit am Devisenmarkt genommen worden. Gleichzeitig ist 1990 – dokumentiert durch die Abschaffung des gespaltenen Wechselkurses – im Einklang mit dem europäischen Binnenmarktprogramm die vollständige Freizügigkeit im innergemeinschaftlichen Kapitalverkehr hergestellt worden. Unter dem Strich verbleibt damit wenig Autonomie für die belgische Notenbank. Anders gewendet: Die belgischen Zinsen werden letztlich in Frankfurt festgelegt.

Die Frage nach dem Spielraum der belgischen Politik ist auf der geldpolitischen Ebene fast hinfällig. Die Hartwährungspolitik erlaubt nicht länger die von der Phillipskurve suggerierte Wahl zwischen Inflation und Arbeitsplätzen. Es läßt sich sogar eine disziplinierende Wirkung der Geldpolitik auf die Finanzpolitik nachweisen. Das heißt, die Geldpolitik bildet zusammen mit der außenwirtschaftlichen Position eine gravierende Beschränkung für die belgische Politik. Eine dritte Beschränkung ist die prekäre finanzpolitische Lage des Landes.

2.3 Die finanzpolitische Beschränkung

Belgien kann seine finanzpolitischen Probleme nicht kaschieren. Eine Staatsverschuldung von netto 124 Prozent des Bruttosozialprodukts (brutto: 134,4 Prozent) 1992 läßt sich unmöglich unter den

Teppich kehren (OECD, 1992b). Auch das Haushaltsdefizit, das seit Anfang der achtziger Jahre um die Hälfte verringert werden konnte, ist 1992 mit 6,75 Prozent des BSP noch immer zu hoch (De Staandaard, 1993b). Eine unterschiedene Sanierung der öffentlichen Finanzen war und ist überrällig.

2.3.1 Keine Alternative

Paradoxerweise unterstützt gerade die desolade finanzpolitische Lage die Glaubwürdigkeit der neuen belgischen Wirtschaftspolitik. Denn es gibt zu ihr keine realistische Alternative.

Einerseits stimmt es zwar, daß der staatliche Schuldenberg die Achillesferse der belgischen Wirtschaftspolitik ist und das Land für Zinssteigerungen und Konjunkturschwächen sehr anfällig macht. Letztere spiegeln sich fast unmittelbar in tiefen Zahlen des Staatshaushalts wider. Die finanzpolitische Lage des Jahres 1992 illustriert dies einmal mehr. Weniger Wachstum, das heißt mehr Arbeitslose und weniger Steuereinnahmen, führen dazu, daß das Defizit den ursprünglichen Ansatz von 5,7 Prozent um etwa einen Prozentpunkt übersteigen wird. Insofern bildet die finanzpolitische Lage stets eine latente Gefahr.

Andererseits zwingt die finanzpolitische Restriktion die Politiker zum Sanieren und die Marktteilnehmer zur Einsicht, daß Belgien auch in Zukunft auf Stabilität setzen muß. Auch die theoretische Möglichkeit des Staatskonkurses wäre in Wahrheit keine Lösung. Sie käme für Belgien weder indirekt durch unerwartete Inflation noch direkt durch nachträgliche Schuldenstreichung in Betracht, denn (Alesina u.a., 1991):

- Inflation als Form der staatlichen Schuldentilgung kann offensichtlich nur für langfristige, nicht-indexierte Verbindlichkeiten in belgischen Francs effektiv sein. Diese machen jedoch nur rund 60 Prozent der gesamten Staatsverschuldung aus. Hinzu kommt, daß die belgischen Politiker angesichts der größer gewordenen

Unabhängigkeit der Notenbank und der fortschreitenden europäischen Integration immer weniger die inländische Inflationsrate bestimmen können.

- Auch direkter Staatskonkurs erweist sich nicht als praktikabel. Die Kosten wären prohibitiv hoch: Das Land würde seinen guten Ruf als Schuldner verlieren und infolgedessen in Zukunft mit zusätzlichen Finanzierungsproblemen konfrontiert werden; es käme zu politisch kostspieligen Umverteilungseffekten; finanzielle Instabilität bis zum Run auf die Banken wären in einem Land, wo der Banksektor den größten Teil der Staatsschuld finanziert, durchaus wahrscheinlich.

Ein bewußt herbeigeführter Staatskonkurs ist mithin keine realistische Option. Ein hochverschuldetes Land kann aber dazu gezwungen werden, wenn es seine Schulden nicht mehr finanzieren kann – zum Beispiel im Falle einer schweren Vertrauenskrise. Aus belgischer Sicht genießt damit die Erhaltung der Bonität des Staates die oberste Priorität. Es gilt namentlich zu verhindern, daß das Verhältnis von Schuldenstand zu Sozialprodukt ständig weiterwächst und die Eigendynamik der Zinslast außer Kontrolle gerät. In Belgien ist in diesem Zusammenhang vom Stoppen des „Zinsschneeballeffekts“ die Rede.

2.3.2 Der Zinsschneeballeffekt

Mit „Zinsschneeballeffekt“ wird das durch die jährlich wachsende Zinslast (Zinsschneeball) autonom steigende Verhältnis von Staatsschuld zu Bruttozialprodukt – auch bei ausgeglichenem Primärhaushalt – bezeichnet. Das heißt: Auch wenn es gelingt, außer dem Zinsendienst keine neuen Verbindlichkeiten einzugehen, steigt der Verschuldungsgrad. Um diesen Schneeballeffekt erst zu bremsen und dann zu stoppen, müssen mehrere Voraussetzungen erfüllt sein. Dies läßt sich anhand einer elementaren Gleichung verdeutlichen, in der die Veränderung des Verschuldungsgrads (db) in Abhängigkeit vom Primärhaushalt in Prozent des BSP (Staatsausgaben (g) abzüglich Steuereinnahmen (t)) und vom Zinsschneeball, der jährlichen

Zinslast (Verschuldungsgrad (b) mal Zinssatz der Staatsschuld (r)), bereinigt um die nominale Wachstumsrate des BSP (x), zum Ausdruck kommt. Wir stützen uns auf De Grauwe (1992b) und Koeune (1992):

$$db = (g - t) + (r - x)b$$

Ein wachsender Verschuldungsgrad läßt sich danach entweder zurückführen auf ein steigendes Defizit des Primärhaushalts, also auf eine Neuverschuldung, oder auf eine zunehmende Differenz zwischen Zinssatz und Wachstumsrate. Insbesondere führt eine Erhöhung des Zinsniveaus unter sonst gleichen Umständen zwangsläufig zu einem höheren Verschuldungsgrad. In einer solchen Situation den Verschuldungsgrad stabil zu halten erfordert umgekehrt eine Budgetsanierung, das heißt einen Überschuß im Primärhaushalt.

Den Schneeballeffekt vollends zu stoppen, also db auf Null zu reduzieren, setzt aber einen enormen Konsolidierungsdruck voraus. Die Differenz (r-x) hat seit 1985, mit Ausnahme des Jahres 1989, da sie sich wegen des starken Wachstums von 8,6 Prozent bis auf Null verringerte, vorwiegend zwischen 1,5 und 4,5 Prozentpunkten geschwankt (Nationale Bank van België, 1993). Tabelle 3 veranschaulicht, wie massiv die Eingriffe im Haushalt bei einer Staatsverschuldung von über 125 Prozent des BSP (Verhältnis 1,25 in der Tabelle) dann sein müssen. Überschüsse von über 2,5 Prozent im Primärhaushalt sind in einer solchen Situation erforderlich. Nennswertiger Spielraum für zusätzliche konjunkturbedingte Ausgaben besteht unter diesen Umständen nicht. Das gilt um so mehr, als der Zinsendienst im Haushaltsentwurf 1993 bereits mehr als 40 Prozent der Ausgaben des Zentralhaushalts beansprucht. Nach Meinung der OECD wird sich der Zinsendienst 1993 auf mehr als 19 Prozent der gesamten Staatsausgaben belaufen.

Den Haushalt nicht zu sanieren widerspräche infolgedessen dem Eigeninteresse der Brüsseler Politik. Denn die Zinslast nimmt ihr in immer stärkerem Maße jeden Raum für wählervirksame Maßnahmen. Vor dem Hintergrund der Diskussion über die Kluft zwischen

Tabelle 3:

Die Folgen des Zinsschneeballs

Erforderlicher Überschuß (Defizit) des Primärhaushalts, um den öffentlichen Verschuldungsgrad konstant zu halten – in Prozent des BSP –

b \ r-x	-2	-1	0	+1	+2	+3	+4
0,25	-0,5	-0,25	0	+0,25	+0,5	+0,75	+1
0,50	-1	-0,5	0	+0,5	+1,0	+1,5	+2
0,75	-1,5	-0,75	0	+0,75	+1,5	+2,25	+3
1,00	-2	-1	0	+1,0	+2	+3	+4
1,25	-2,5	-1,25	0	+1,25	+2,5	+3,75	+5

b = Verschuldungsgrad; Verhältnis der Verschuldung zum BSP.

x = Wachstumsrate des nominalen Brutto sozialprodukts in Prozent des BSP.

r = Zinssatz der Staatsschuld in Prozent.

Quelle: Koeune, 1992.

Bürgern und Politikern spielen aktive Maßnahmen im Bereich staatlicher Dienstleistungen oder des sozialen Wohnungsbaus jedoch eine große Rolle. Langfristig können die Regierungsverantwortlichen es sich also gar nicht leisten, die finanzpolitische Seite zu vernachlässigen.

Tatsächlich scheinen die Politiker inzwischen den Ernst der Lage verstanden zu haben. Der Sanierungsdruck in allen Parteien nimmt zu. Nach Erstellung des Haushaltsentwurfs für 1993 beispielsweise forderte die christdemokratische Mehrheitspartei – obwohl ihre eigenen Minister dem Regierungsentwurf zugestimmt hatten – zusätzliche Sanierungsanstrengungen in Höhe von 22 Milliarden bfrs. Für Belgien ist dies praktisch ein Novum. Dabei sind selbst Privatisierungen nicht länger tabu, auch wenn sie nur einmalige Verkaufserlöse erbringen, die nicht zur strukturellen Budgetsanierung dienen können.

Die flämisch-liberale Partei ging sogar noch weiter. Sie rief zur Föderalisierung der Staatsschulden auf. Den Hintergrund dafür bildete

eine Studie von De Grauwe (1991) auf der Basis von Arbeiten von Van Rompuy, wonach vor allem die Wallonen die Primärüberschüsse aufzubringen haben, während die Flamen nicht sanierungsbereit sind und sich auf die Anstrengungen der Flamen verlassen können. Danach waren in der Zeit vor 1985 die Regionen Flandern und Brüssel für Primärüberschüsse von 225,7 beziehungsweise 38,1 Milliarden bfrs verantwortlich, wohingegen die Wallonie mit einem Defizit von etwa 47,1 Milliarden bfrs zu kämpfen hatte.

Der Vorschlag war aus technischen (wie würden die Wallonen einem solchen weitgehenden Vorschlag je zustimmen?), juristischen (es fände nachträglich ein Schuldnertausch statt) und finanziellen (die Regionen erhielten möglicherweise eine niedrigere Bonität, wodurch die Finanzierungskosten nochmals steigen würden) Gründen wohl eher rhetorischer Natur. Als Denkanstoß ist dieser Vorschlag gleichwohl sinnvoll und wichtig. Denn er bringt klar den Wunsch zum Ausdruck, dem disziplinlosen Finanzgebaren des Staates ein Ende zu machen.

Tatsächlich konnte der Schneeball 1989 vorübergehend gestoppt werden. Ab 1991 ist er wieder durch die gedämpfte Konjunktur und das hohe Zinsniveau ins Rollen gekommen. Belgien sieht sich damit 1993 vor dem Hintergrund eines schrumpfenden Sozialprodukts gezwungen, in der Finanzpolitik noch stärker zu sparen.

2.3.3 Den beschränkten Spielraum nutzen

Oben wurde argumentiert, die belgische Wirtschaftspolitik sei glaubwürdig, weil jede realistische Alternative fehle. Eine solche negative Argumentation stellt selbstverständlich nur eine Seite der Medaille dar. Es gilt auch zu untersuchen, wie die belgische Politik ihren beschränkten Handlungsspielraum faktisch nutzt. Dabei kann es hier nicht darum gehen, in einer umfassenden Analyse alle Aspekte der Finanzpolitik darzustellen. Vielmehr sollen diejenigen Bereiche herausgegriffen werden, in denen in Zukunft am ehesten ein Kurswechsel ansteht. Dabei geht es im wesentlichen um drei Ziele: Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, Steigerung der Effizienz und

Qualität der staatlichen Dienstleistung sowie Sicherung der Position Belgiens als Standort ausländischer Unternehmen. Alle drei Aspekte sind eng miteinander verbunden und letztlich mit dem finanzpolitischen Problem verknüpft.

● **Der Arbeitsmarkt**

Nicht zuletzt die großen internationalen Organisationen haben wiederholt den im europäischen Vergleich überdurchschnittlichen Anteil der Sozialleistungen an den Staatsausgaben in Belgien kritisiert. 1991 beliefen sie sich auf etwa 20 Prozent des BIP, im Gegensatz zu durchschnittlich 17 Prozent in den übrigen Industrieländern Europas. Die OECD (1992a) behauptet sogar, Belgien würde die Maastrichter Kriterien hinsichtlich der finanzpolitischen Stabilität erfüllen, wenn die Sozialleistungen sich auf dem Durchschnittsniveau der OECD-Staaten befänden. Eine nachhaltige Verringerung der Transfers setzt indes eine Wiederbelebung des Arbeitsmarkts und einen Wechsel von der bislang überwiegend passiven zu einer aktiveren Arbeitsmarktpolitik voraus.

Es trifft zwar zu, daß sich – abgesehen von der Verschlechterung am aktuellen Rand – die belgische Arbeitslosenquote nach dem Höchststand im Jahr 1984 mit etwa 12,1 Prozent der Erwerbspersonen deutlich vermindert hat. 1990 belief sie sich auf etwa 7,1 Prozent und liegt seit 1987 unter dem europäischen Durchschnitt (OECD, 1992a). Nach wie vor aber gibt die Struktur der Arbeitslosigkeit Anlaß zur Sorge (Heylen/Van Gompel, 1992).

Der Anteil der Jugend- und der Frauenarbeitslosigkeit ist beträchtlich. Als Hauptproblem gilt jedoch die Langzeitarbeitslosigkeit. Etwa die Hälfte aller Arbeitslosen hat nach zwei Jahren noch immer keine neue Beschäftigung gefunden. Auch regional gibt es erhebliche Unterschiede, was auf einen Mangel an Flexibilität und Mobilität am Arbeitsmarkt hindeutet. Im Jahr 1989 beispielsweise betrug die Arbeitslosigkeit nach den belgischen Statistiken in Flandern rund neun Prozent, während die Wallonie mit einer Arbeitslosenquote von ungefähr 19 Prozent belastet war (Heylen/Van Gompel, 1992).

Der gegenwärtige Sockel an Arbeitslosigkeit ist ursprünglich auf die beiden Mineralölkrisen der siebziger Jahre zurückzuführen. Es lassen sich jedoch zusätzlich einige arbeitsmarktpolitische Elemente identifizieren, die die heutige Lage erklären helfen:

- Belgien zahlt als einziges OECD-Land Arbeitslosengeld fast ohne zeitliche Befristung. Die überaus großzügige Arbeitslosenversicherung fungiert auf diese Weise sowohl als Versicherung als auch als Instrument zur Einkommensumverteilung. Infolgedessen bestehen für den einzelnen Arbeitslosen wenig Anreize, sich nach einer neuen Beschäftigung umzusehen. Im Durchschnitt dauert es in Belgien denn auch etwa 20 Monate, bis ein Arbeitsloser eine neue Stelle findet. Zum Vergleich: In der Bundesrepublik Deutschland sind es weniger als acht Monate (OECD, 1992a).

- Hinzu kommt das strukturelle Ungleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot am Arbeitsmarkt. Die nachgefragten Qualifikationen sind nicht ausreichend vorhanden. Auch hierfür ist die Arbeitsmarktpolitik mitverantwortlich, indem sie erst spät Umschulung und Flexibilisierung zu fördern begann. Bevorzugt wurde lange Zeit statt dessen, potentiell Arbeitslose in staatliche Sonderprogramme für Frühpensionierung und Teilzeitarbeit aufzunehmen sowie Arbeitsstellen zu subventionieren. Nach Angaben der OECD belief sich die Zahl der mit solchen Maßnahmen Unterstützten 1991 auf über 600.000, die den 430.000 offiziell registrierten Arbeitslosen hinzuzurechnen sind (OECD, 1992a).

Die Sanierung des Staatshaushalts ist so nicht ohne Korrektur in der Arbeitsmarktpolitik möglich. 1991 wurden die arbeitsmarktpolitisch bedingten Kosten für den öffentlichen Haushalt auf 231,7 Milliarden bfrs oder rund 3,4 Prozent des BIP veranschlagt (OECD, 1992a). Etwa die Hälfte davon floß in die Finanzierung von Sonderprogrammen. Ein weiteres Drittel wurde für das reguläre Arbeitslosengeld, der Rest für Teilzeitarbeit eingesetzt. Hinzu kommt, daß die Kosten der passiven Arbeitsmarktpolitik über Steuern und Sozialbeiträge finanziert werden müssen und auf diese Weise die Attraktivität

Belgiens als Standort für ausländische Unternehmen reduziert wird. Die sogenannte „tax wedge“, das heißt die Differenz zwischen Brutto- und Nettolöhnen, ist bereits heute in Belgien überdurchschnittlich hoch.

● *Ruf nach besseren öffentlichen Dienstleistungen*

Eng mit der Kritik an der passiven Arbeitsmarktpolitik hängt das gewandelte Verständnis hinsichtlich der Rolle des Staates zusammen. Der Staat sollte danach nicht länger in erster Linie selbst neue Arbeitsplätze schaffen, sondern seinen Bürgern als Dienstleister zur Verfügung stehen. Auch in der Diskussion über die Kluft zwischen der Bevölkerung und der Politik respektive dem Staat wird oft darauf hingewiesen. Internationaler Währungsfonds und OECD betonen diesen Aspekt zumindest indirekt. Belgien braucht nicht zusätzliche Beamte – in der Vergangenheit ein beliebtes Mittel, um die Arbeitslosigkeit zu begrenzen –, sondern eher weniger. Der Anteil der Staatsbediensteten an der Gesamtzahl der Beschäftigten ist nach Angaben der OECD in Belgien mit 19,9 Prozent deutlich höher als im EG-Durchschnitt (17,4 Prozent). Vor allem aber sind im öffentlichen Dienst besser bezahlte und besser qualifizierte Beschäftigte gefragt. Dieser Aspekt ist nicht zuletzt hinsichtlich ausländischer Investitionen nicht zu vernachlässigen.

● *Standort Belgien?*

Vor kurzem hat ein Bericht der Belgischen Botschaft in Washington in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erregt. Darin wird die Rolle Belgiens als Standort ausländischer Unternehmen in Frage gestellt (De Standaard, 1992c). Ausgangspunkt des Berichts ist die Feststellung, daß der Gesamtwert der amerikanischen Investitionen in Belgien im Vergleich zum Vorjahr um 2,3 Prozent zurückgegangen ist, während er für Europa insgesamt um 6,2 Prozent zugenommen hat. Vor allem die Niederlande und Irland konnten einen Anstieg von neun beziehungsweise 8,3 Prozent verzeichnen. Der Bericht der Botschaft stützt sich unter anderem auf eine Untersuchung der Unternehmensberatungsgesellschaft Ernst & Young von 659 Investitionsprojekten amerikanischer Firmen. Als Ursachen für das

schwache belgische Abschnneiden werden Faktoren genannt, die gerade die Rolle des Staates in punkto Dienstleistungsangebot und Arbeitsmarktpolitik in Frage stellen:

- Nach Ansicht amerikanischer Unternehmer ist vor allem in rechtlicher und steuerlicher Hinsicht die Unsicherheit in Belgien zu groß. Die Besteuerung unterliege viel zu häufigen und raschen Änderungen im Zeitablauf. Durch die Föderalisierung des Landes sei zudem die institutionelle Landschaft Belgiens noch unüberschaubarer geworden. Hinzu komme, daß die Koordinierung zwischen den verschiedenen administrativen Ebenen nicht immer optimal sei.
- Die pharmazeutische und die chemische Industrie – die wichtigsten Sektoren für amerikanische Direktinvestitionen in Belgien – klagen insbesondere über die Umweltgesetzgebung. Ihnen geht es dabei weniger um die Strenge der Umweltgesetze als vielmehr um die Unsicherheit bei deren Anwendung in Verbindung mit extrem langen Genehmigungsfristen.
- Die Maßnahmen zur Förderung von Arbeitsplätzen sind nach Meinung der amerikanischen Investoren in Belgien weniger günstig als in den Nachbarländern. Auch das traditionelle Argument der hohen belgischen Produktivität scheint angesichts gestiegener Lohnkosten und Sozialbeiträge an Kraft verloren zu haben.
- Die Kritik der US-Unternehmen gilt auch dem belgischen (öffentlichen) Telekommunikationssektor und dessen oft mangelhaften Dienstleistungen. Der Bericht weist nach, wie gerade die Telekommunikation in den Entscheidungen der Unternehmen Holiday Inn und American Transtech eine entscheidende Rolle gespielt hat, statt Belgien die Niederlande als Standort ihrer Investitionen zu wählen.

Fazit ist, daß ein verbessertes Dienstleistungsangebot einerseits und eine konsequentere Arbeitsmarktpolitik mit dem Ziel niedrigerer Sozialabgaben andererseits Belgiens Standortqualität erheblich

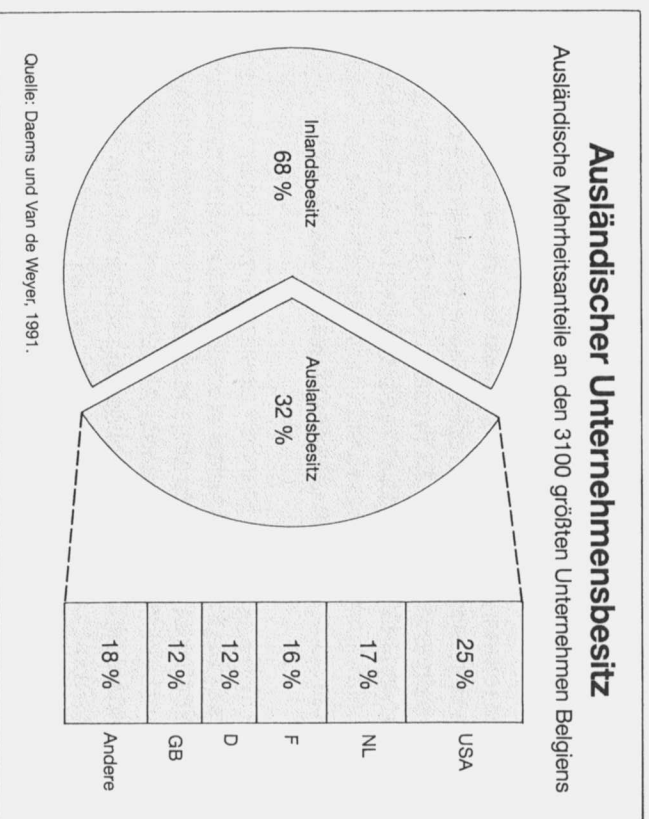
verbessern würden. Auch eine etwas aktivere Investitionsstrategie der belgischen Regierung mit „monitoring“ der schon in Belgien investierenden ausländischen Unternehmen sowie eine gezielte Aufklärungs- und PR-Kampagne im Ausland könnten dazu beitragen. Denn der Ruf Belgiens als Investitionsstandort scheint zumindest teilweise auch unter negativen Vorurteilen zu leiden. Ausländische Unternehmer mögen beispielsweise durch den nominalen Körperschaftsteuersatz von 39 Prozent – vier Prozentpunkte mehr als in den Niederlanden – abgeschreckt werden. Unter Berücksichtigung der Gewinnermittlungsvorschriften rangieren Belgien und die Niederlande aber auf etwa gleichem Niveau (OECD, 1990).

Die Zukunft Belgiens als Standort ausländischer Unternehmen ist von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Zukunft des Landes. Immerhin befindet sich heute ein Drittel der 3100 größten Unternehmen in Auslandsbesitz mit einem Anteil von 43,5 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung (Daems/Van de Weyer, 1991; s. Abbildung 4). Die ausländischen Direktinvestitionen erreichten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ihren Höhepunkt. Namentlich Unternehmen aus Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien waren daran beteiligt.

Die Übernahme der Generale Maatschappij hat in Belgien – ähnlich wie auch in anderen Ländern – eine öffentliche Diskussion über die wachsende Abhängigkeit des Landes von ausländischen Investitionsentscheidungen ausgelöst. Auch im Hinblick auf die weiteren Privatisierungspläne für Staatsunternehmen taucht das Argument über den Verlust an Kontrolle hin und wieder auf. Hinzu kommt, daß die hohen französischen und niederländischen Investitionen in bestimmten flämischen und wallonischen Kreisen die kommunautären Gegensätze akzentuiert haben (De Grauwe, 1992a). Unter ökonomischen Gesichtspunkten ist freilich die Frage nach dem Anteil ausländischer Unternehmen an der inländischen Wertschöpfung wichtiger als die emotionale Diskussion über die Eigentumsstruktur.

In diesem Zusammenhang ist eine nähere Analyse der Übernahmen belgischer Unternehmen durch ausländische Investoren aufschluß-

Abbildung 4:



reich. Der Anteil von Unternehmen in Fremdbesitz unterscheidet sich stark von Branche zu Branche. Vor allem die Bereiche Großhandel, Metalverarbeitung, Elektronik, Chemie, Elektrotechnik, Maschinenbau und Automobilbau sind stark von ausländischen Firmen geprägt. Ob das überdurchschnittliche ausländische Interesse in Belgien nur auf den Standortfaktor zurückzuführen ist, wird jedoch von zahlreichen Experten, wie beispielsweise Daems, bezweifelt. Neben den üblicherweise erwähnten Vorteilen einer hohen betrieblichen Arbeitsproduktivität und -qualität oder der zentralen geographischen Lage gibt es seiner Meinung nach einige spezifische, oft weniger positive Gründe dafür, daß belgische Unternehmen allzu oft die Initiative dem Ausland überlassen müssen (Bohets, 1992c):

- Belgische Unternehmen sind in der Regel, selbst im Vergleich zu anderen kleinen europäischen Ländern (s. Tabelle 4), relativ

klein, wodurch sie oft nicht in der Lage sind, ohne ausländische Hilfe den Weg auf die internationalen Märkte zu finden.

- Der belgische Kapitalmarkt ist kein Musterbeispiel einer anonymen Finanzintermediation. Ein Großteil des Produktivkapitals befindet sich in den Händen von wenigen Familien und ideologischen Gruppierungen, die sich nicht ohne weiteres mit anderen Unternehmen verbinden wollen.
- Investitionen in immaterielle Aktiva wie internationales Marketing und Förderung des Namens werden von Familienunternehmen nur zurückhaltend getätigt. Ohne Hilfe von außen stoßen sie damit zwangsläufig an Wachstumsgrenzen.
- Belgien besitzt nur wenige rechtlich-institutionelle Instrumente, um sich vor sogenannten feindlichen ausländischen Übernahmen abzusichern.
- Mitunter muß ein ineffizientes inländisches Management durch Neubesetzung der Chefetage ersetzt werden.
- Bei vielen multinationalen Unternehmen hat sich eine neue strategische Orientierung durchgesetzt. An die Stelle der Diversifizierungsstrategie ist die Dominanzstrategie getreten, wonach in

Tabelle 4:

Wenig Weltunternehmen

Belgische Unternehmen unter den 500 größten Unternehmen Europas im Vergleich zu anderen „kleinen“ Ländern

Österreich	7
Belgien	8
Finnland	18
Niederlande	23
Schweiz	31
Schweden	34

Rangordnung der Unternehmen nach Umsatz.
Quelle: Daems und Van de Weyer, 1991.

verschiedenen Ländern Unternehmen aus demselben Tätigkeitsfeld des multinationalen Unternehmens übernommen werden.

Diese strukturellen Defekte belegen, daß auch Belgien darauf achten muß, seine Standortqualität zu schützen. Für eine kleine, eng in die internationale Arbeitsteilung eingebundene Volkswirtschaft wie Belgien ist dies ein Warnzeichen. Die stabilitätsorientierte Neuaufrichtung der belgischen Wirtschaftspolitik im letzten Jahrzehnt ist nicht zuletzt vor diesem Hintergrund zu sehen.

3. Die europäische Dimension

Die Bemühungen um eine Sanierung der belgischen Volkswirtschaft sind auch vor dem Hintergrund des im Dezember 1991 geschlossenen Vertrags von Maastricht zu sehen. Um an der dort vereinbarten Europäischen Währungsunion (EWU) zum Ende dieses Jahrzehnts teilnehmen zu können, muß ein Land im Inneren bestimmte Stabilitätskriterien erfüllen. Danach darf

- seine Inflationsrate höchstens 1,5 Prozentpunkte über derjenigen der drei preisstabilsten Länder liegen;
- der Zins für langfristige Staatsanleihen maximal um zwei Prozentpunkte das Zinsniveau jener drei Länder übersteigen;
- der Wechselkurs mindestens zwei Jahre vor Beitritt innerhalb des EWS nicht abgewertet worden sein;
- das laufende öffentliche Defizit allenfalls drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen;
- die Staatsverschuldung nicht mehr als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen.

Die drei erstgenannten Kriterien, die auf die geld- und währungspolitische Stabilität im engeren Sinn zielen, bilden für Belgien kein

Problem. Sie sind schon seit geraumer Zeit erfüllt. Tatsächlich gehört Belgien auf monetärem Gebiet zu den stabilitätsorientiertesten Ländern in der Gemeinschaft.

Anders verhält es sich mit den beiden finanzpolitischen Referenzwerten. Sie entpuppen sich für Belgien als die Achillesferse des Vertrags von Maastricht. Das Ziel von drei Prozent für das Verhältnis von öffentlichem Defizit zu Bruttoinlandsprodukt wurde 1992 mit 6,75 Prozent weit verfehlt. Immerhin besteht bei einer entsprechend restriktiven Finanzpolitik zumindest theoretisch die Chance, zum Zeitpunkt der vereinbarten Überprüfung der Konvergenzkriterien Mitte 1996 dieses noch zu erfüllen oder ihm zumindest sehr nahezu kommen. Die Zielerreichung ist dagegen gänzlich unmöglich hinsichtlich der Grenze von 60 Prozent des BIP für den öffentlichen Schuldenstand. Angesichts eines Standes von 134,4 Prozent im Jahr 1992 (OECD, 1992b) ist der Zielwert 1996 selbst rein rechnerisch nicht mehr zu erreichen.

Damit ist die Teilnahme Belgiens an der Währungsunion – so sie tatsächlich gemäß dem vereinbarten Fahrplan realisiert wird – nicht nur in Frage gestellt. Sie wäre bei strikter Anwendung der Stabilitätskriterien bereits heute definitiv auszuschließen.

In Belgien selbst gilt diese Situation als kaum denkbar. Im Inland wird eine belgische Beteiligung an der Währungsunion von der ersten Stunde an als Faktum unterstellt. Auch aus europäischer Perspektive ist unter politischen Gesichtspunkten kaum vorstellbar, daß Belgien als eines der Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaft und als Hauptsitz zentraler gemeinschaftlicher Institutionen von seinen Partnern die Mitgliedschaft in der Währungsunion verweigert würde.

Auch ökonomisch läßt sich eine Mitgliedschaft trotz grober Verletzung des 60-Prozent-Kriteriums gegebenenfalls rechtfertigen. Denn dieses ist stabilitätspolitisch nicht überzeugend begründet (Fröhlich, 1992). Eine Schuldenanhäufung in der Vergangenheit ist für die währungspolitische Stabilität der Zukunft nur insoweit

relevant, als der Schuldendienst im laufenden Staatshaushalt ausgaben- und defiziterhöhend wirkt. Dieser Effekt wird jedoch mit dem Drei-Prozent-Kriterium für das Haushaltsdefizit aufgefangen und ist dann stabilitätspolitisch weitgehend unbedenklich.

Es wäre womöglich für Belgiens Partner direkt kontraproduktiv, die nachhaltigen Konsolidierungsfortschritte des Landes während des vergangenen Jahrzehnts zu ignorieren und ihm allein unter Verweis auf frühere stabilitätspolitische Sünden den Beitritt zur Währungsunion zu verwehren. Wenn die EWU tatsächlich eine „Stabilitätsgemeinschaft“ werden soll, wird man auf ein Land wie Belgien kaum verzichten können. Umgekehrt ist die begründete Aussicht auf eine EWU-Teilnahme für die belgische Wirtschaftspolitik eine wichtige Triebfeder, um angesichts mancher Widerstände auch weiterhin an ihrem Stablisierungskurs festzuhalten.

Der Maastrichter Vertrag sieht im übrigen die Möglichkeit einer „großzügigeren“ Interpretation der Konvergenzkriterien ausdrücklich vor. Nach Artikel 104c(2) genügt es, daß das Verhältnis von Schuldenstand zu Sozialprodukt „hinreichend rückläufig ist und sich rasch genug dem Referenzwert nähert“.

Belgien dürfte um so eher mit einer generöseren Interpretation des 60-Prozent-Kriteriums durch seine Partner rechnen können, je nachhaltiger es die übrigen stabilitätspolitischen Referenzwerte des Maastrichter Vertrags unterschreitet. Damit rückt in erster Linie das Drei-Prozent-Kriterium für das laufende öffentliche Defizit in den Vordergrund. In diesem Sinne äußerte sich unlängst auch der Präsident der Deutschen Bundesbank, Helmut Schlesinger. Er hält das belgische Haushaltsdefizit für wichtiger als den Schuldenstand (De Standaard, 1993a). Damit hat die weitere Entwicklung dieses Indikators letztlich für Belgiens wirtschaftliche Zukunft eine schicksalhafte Bedeutung.

Literatuurverzechnis

- Abraham, F. und Van Poecke, A., 1989, Het macro-economisch beleidsveld van de kleine open economie, in: Vereniging Voor Economie (Hrsg.), Mundialisering van de economie: de uitdagingen van de jaren negentig, Leuven, S. 181-207.
- Alesina, Alberto, 1989, Politics and Business Cycles in Industrial Democracies, in: Economic Policy, Nr. 8, April, S. 57-87.
- Alesina, Alberto und Summers, Lawrence, 1991, Central Bank Independence and Macroeconomic Performance. Some Comparative Evidence, unveröffentlichtes Manuskript, Harvard University, Cambridge.
- Alesina, Alberto und de Broeck, Mark und Prati, Alessandro und Tabellini, Guido, 1991, Default Risk on Government Debt in Some OECD Countries, Economic Policy, Nr. 15, Oktober, S. 428-463.
- Belgische Vereniging van Banken, 1991, Hervorming van het monetair beleidsinstrumentarium, Nr. 114, Brussel.
- Bohets, Jan, 1992a, Krimpende beleidsruimte, in: De Standaard, 14. Februar, S. 7.
- Bohets, Jan, 1992b, Devaluatie was de schok die met het herstelbeleid deed instemmen, in: De Standaard, 20. Februar, S. 19.
- Bohets, Jan, 1992c, Structuurwijziging multinationals kost België nog meer autonomie, in: De Standaard, 28. Februar, S. 20.
- Brittan, Samuel, 1992, Financial Talking Classes Lack Credibility, in: Financial Times, 23. Juli, S. 11.
- Bruno, M. und Sachs, Jeffrey, 1985, Economics of Worldwide Inflation, Oxford.
- Calmfors, L. und Driffill, J., 1988, Bargaining Structure, Corporatism, and Macroeconomic Performance, in: Economic policy, Nr. 6, April, S. 13-61.
- Daems, Herman und Van de Weyer, Peter, 1991, Analyse van eigenomsstructuren: Kernbevindingen, Koning Boudewijn Stichting, Brussel.
- De Grauwe, Paul, 1985, The Growth of the Public Sector in Belgium under Center-Right and Center-Left Governments, CES paper, Oktober, Katholieke Universiteit Leuven.
- De Grauwe, Paul, 1991, Denkeoeningen over de regionalisering van de Belgische overheidsschuld, CES paper, November, Katholieke Universiteit Leuven.
- De Grauwe, Paul, 1992a, Over Franse kolonisatie en Belgische verankering, CES paper, März, Katholieke Universiteit Leuven.
- De Grauwe, Paul, 1992b, The Economics of Monetary Union, New York.
- De Standaard, 1992a, Belgen herschikten voor meer als 300 miljard beleggingen ten voordele van Belgische frank, 27./28. Juni, S. 20.
- De Standaard, 1992b, Burger betaalt, einde van de tunnel niet in zicht, 2. August, S. 1.
- De Standaard, 1992c, Vs-bedrijven investeren niet meer in België, 24./25. Dember, S. 1.

De Standaard, 1992d, Beleid buitenlandse investeringen faalt, 24./25. Desember, S. 20.

De Standaard, 1993a, Voorzitter Bundesbank vindt dat België lage rente verdiend, 29. Januar, S. 17.

De Standaard, 1993b, Europese Commissie maant België om bijkomende besparingen, dit jaar nog, 5. Februar, S. 1.

Dewerdt, Edwardt, 1991, De monetaire politiek in België sinds de jaren tachtig, in: Bank Brussel Lambert-Berichten, Nr. 117, S. 1-9.

Dickson, Tim, 1990, Belgium: a New Sense of Stability, in: Financial Times, 18. Juni, section IV, S. 1.

Fröhlich, Hans-Peter, 1992, Geldwertstabilität in der Europäischen Währungsunion: Eine Analyse des Vertrags von Maastricht, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Institut der deutschen Wirtschaft, Nr. 201.

Generale Bank (Hrsg.), 1990a, Enkele aspecten van de Belgische geldmarkt, in: Bulletin, Nr. 311, S. 1-9.

Generale Bank (Hrsg.), 1990b, De hervorming van de geldmarkt: een evaluatie na 5 maanden, in: Bulletin, Nr. 321, S. 1-9.

Grilli, Vittorio und Masciandaro, Donato und Tabellini, Guido, 1992, Political and Monetary Institutions and Public Financial Policies in the Industrial Countries, in: Economic Policy, Nr. 14, April, S. 342-391.

Heremans, Dirk und de Broeck, Mark, 1989, De liquiditeit van de Belgische economie. Een macro-sectoriële benadering, in: Bank- en Financieuzen, 1 und 2, p. 21-26.

Heylen, F. und Van Gompel, J., 1992, De ontwikkeling van de werkloosheid en de inactiviteit in België (1970-1990), in: Maandschrift Economie, S. 162-186.

Institut der deutschen Wirtschaft, 1991, Belgien: Das Wunder an der Maas, in: IWD-Informationssdienst, Nr. 33, 15. August, S. 4-6.

International Monetary Fund (IMF), 1984, Occasional paper, Nr. 30, Washington D.C.

International Monetary Fund (IMF), 1991, Staff Report for the 1991 Article IV Consultation vom 30. April, unveröffentlichtes Manuskript, Brüssel.

International Monetary Fund (IMF), 1992, Article IV Consultation: Concluding Remarks, vom 7. Oktober, unveröffentlichtes Manuskript, Brüssel.

Ising, Otmar, 1992, Unabhängigkeit der Notenbank und Geldwertstabilität, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 79 vom 10. November, S. 1-8.

Koene, Jean-Claude, 1992, Wie draagt de last van de Belgische overheids-schuld?, in: Bank Brussel Lambert-Berichten, Juli-August, S. 1-8.

Legrand, Bart, 1990, De Belgische economie in de jaren tachtig: een balans van 8 jaar herstelbeleid, Katholieke Universiteit Leuven, unveröffentlichte Arbeit.

Ministerie van Financiën, 1992, Convergenceplan van België, unveröffentlichtes Manuskript, Brüssel.

Müller, D.C., 1989, Public Choice II, Cambridge.

Nationale Bank van België, 1993, Verslag 1992, Brüssel.

Neue Zürcher Zeitung, 1991, Der belgische Franc – ein Renner im Hartwährungsblock, 27. September, S. 6.

Neumann, Manfred J. M., 1990, Central Bank Independence as a Prerequisite of Price Stability, in: European Economy, Nr. 44, S. 79-92.

OECD, 1990, Economic Survey: Belgium-Luxembourg 1990/1991, Paris.

OECD, 1992a, Economic Survey: Belgium-Luxembourg 1991/1992, Paris.

OECD, 1992b, Wirtschaftsausblick 52, Paris.

Schnabel, Claus, 1992, Korporatismus und gesamtwirtschaftliche Entwicklung, iw-trends, Nr. 4, S. 91-102.

Schnabel, Claus, 1993, Korporatismus, zentralisierte Tarifverhandlungen und makroökonomische Performance, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, erscheint demnächst.

Stockman, Peter und Guldemont, Jo, 1992, Herfinanciering van financiële instellingen: theoretische beschouwingen en de eerste ervaringen in België na de big bang (februari 1991-januari 1992), CES paper, Katholieke Universiteit Leuven.

The Economist, 1992, Zero Inflation: How Low Is Low Enough?, 7. November, S. 25-28.

Van Rompuy, Paul, 1990, De recente staatshervorming in België, in: Maandschrift Economie, S. 56-63.

Verbond van Belgische Ondernemingen, 1991, Tien jaar saneren in de Overheidsfinanciën: Een Dossier-Document van het VBO, Dezember.

Der Autor:

Peter Debaere, Diplom-Volkswirt, geboren 1965 in Kortrijk/Belgien.
Studium der Volkswirtschaftslehre und Germanistik in Leuven/
Belgien. Seit November 1992 Forschungsaufenthalt im Institut der
deutschen Wirtschaft Köln.

In der Reihe Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik sind seit 1992 erschienen:

Reinhard Zedler Berufsbildung und Qualifikationsbedarf im neuen Bundesgebiet *)	172	Wolfgang Kramer Die Hauptschule Entwicklung, Reformbedarf, Perspektiven 36 Seiten, DM 11,90	180
Helga Herrmann Ausländer Vom Gastarbeiter zum Wirtschaftsfaktor *)	173	Fred H. Dosenbach Werner G. Faix Lothar Hofmann Peter W. Stulle Bildungskrise? – Bildungskrise! Konzepte zur Gegensteuerung 92 Seiten, DM 17,80	181
Radislav Drazan Hans-Georg Hofmann Kryslyna Zielinska Berufsbildung in Osteuropa *)	174		
Helmut E. Klein Historiker – ein Berufsbild im Wandel 36 Seiten, DM 11,90	175		
Winfried Schiaffke (Hrsg.) Qualifizierter Nachwuchs in Europa 88 Seiten, DM 17,50	176		
Mathias Branahl Kirchensteuer – zwischen Annahme und Ablehnung 2., aktualisierte Auflage 56 Seiten, DM 14,50	177		
Reinhard Zedler Rita Koch Berufsschule – Partner der Ausbildungsbetriebe Ergebnisse einer Unternehmensumfrage 48 Seiten, DM 13,10	178		
Larry Steindler Strukturen der Weiterbildung Eine Analyse der Online-Datenbank KURS-DIREKT zur beruflichen Aus- und Weiterbildung 60 Seiten, DM 15,20	179		

*) vergriffen